



### Kinderbildung

S. 3

Schwere Geburt: In dritter Lesung hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP das in Parlament und Öffentlichkeit und bei den Betroffenen umstrittene Kinderbildungsgesetz (KiBiz) verabschiedet.

### Energiepreise

S. 7

Die Schraube überdreht? Deutschland steht vor der nächsten Preiserhöhungsrunde beim Strom. Harsch wie selten die Reaktion: Parlamentarier aller Fraktionen und Öffentlichkeit stellen kritische Nachfragen.

### Halbzeit

S. 9-11

Seit zweieinhalb Jahren sitzt Schwarz-Gelb im Sattel. Jetzt zur Mitte der Wahlperiode ist es Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen: Was hat sich bewegt, was muss sich noch bewegen? Die vier Fraktionsvorsitzenden antworten.

### „Dunstabzug“

S. 13

Selten hat ein Thema die Menschen so aufregt wie die Frage: Wo darf künftig in der Öffentlichkeit noch geraucht werden? Der Landtag hat in einer Anhörung die Betroffenen noch einmal zusammengebracht.



Für fünf Jahre gewählt –  
Bilanz auf halber Strecke

# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>KiBiz nimmt dritte und letzte Hürde</b>	<b>3</b>
<i>Bis zuletzt sorgte der Entwurf für Zündstoff unter den Fraktionen</i>	
<b>Glücksspiel und Spielsucht</b>	<b>4</b>
<i>Staatsvertrag sucht den vom höchsten Gericht verlangten Ausgleich</i>	
<b>Der Erfolg beflügelt</b>	<b>5</b>
<i>Abgeordnete würdigen gutes Abschneiden bei Exzellenzinitiative</i>	
<b>Die Stunde der Opposition</b>	<b>6</b>
<i>Schlagabtausch über Ablauf einer Jugendveranstaltung</i>	
<b>„Eine Provokation für die Politik“</b>	<b>7</b>
<i>Abgeordnete kritisieren Preispläne der Stromanbieter</i>	
<b>Salzbrühe stößt sauer auf</b>	<b>8</b>
<i>Länder und Gemeinden wollen nicht mehr Lauge im Flusswasser</i>	
<b>Halbzeit im Landtag</b>	<b>9</b>
<i>Landtag und Präsidium gehen auf die Menschen zu</i>	
<b>Knapp 900 Tage Schwarz-Gelb</b>	<b>10-11</b>
<i>„Landtag intern“ bittet Fraktionschefs um Zwischenfazit</i>	
<b>Kommunen machen Kosten geltend</b>	<b>12</b>
<i>Land will Umweltverwaltung stärker bündeln/Anhörung von Experten</i>	
<b>Ringens um den blauen Dunst</b>	<b>13</b>
<i>Anhörung im Gesundheitsausschuss zum Nichtraucherschutz in NRW</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>14</b>
<b>Geld und demographischer Wandel</b>	<b>15</b>
<i>Verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung der Angebote</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>16-17</b>
<b>Quo vadis Uniklinik?</b>	<b>18</b>
<i>Balance gesucht zwischen Patientenwohl und Kostendruck</i>	
<b>Porträt: Elke Rühl (CDU)</b>	<b>19</b>
FCL: Sicherer Sieg	19
Impressum	19
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>20</b>



## Das Parlament setzt eigene Akzente

Wenn ein Politiker neu ins Amt kommt, gibt man ihm 100 Tage – um sich einzuarbeiten. Und eine ganze Regierung, mit elf Ministerinnen und Ministern und einem Ministerpräsidenten an der Spitze – welche Frist bekommt sie? Auf keinen Fall 1.200 Tage, da müssen knapp an die 900 reichen. So viel Zeit ist nämlich seit dem denkwürdigen 22. Mai 2005 verstrichen, als in Nordrhein-Westfalen die Uhren politisch umgestellt wurden. Jetzt ist Halbzeit der Wahlperiode, jetzt wird Resümee gezogen.

Das tut der Ministerpräsident. Er hat für den 14. November vor dem Landtag eine Regierungserklärung angekündigt, in der er die Zwischenbilanz der Arbeit seiner Landesregierung in der 14. Legislaturperiode vorlegen wird. Darüber und über die kontroverse Debatte im Plenum wird noch zu berichten sein.

An einer solchen Zwischenbilanz versucht sich auch die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ – ein wenig anders, eben mehr auf das Parlament bezogen. Der Landtag bewilligt die Mittel für das Regierungshandeln. Der Landtag bringt Gesetzentwürfe ein, berät und verabschiedet oder verwirft sie. Der Landtag kontrolliert die Regierung. Der Landtag, das sind Koalition und Opposition. Natürlich findet das Handeln einer Regierung in der Öffentlichkeit mehr Resonanz. Aber der Landtag stellt die Weichen.

### BÜRGERNÄHE

Er setzt eigene Akzente. So hat er zum 60-jährigen Jubiläum die Vertreter und Sprecher der Regionen des Landes in sein Haus gebeten: Münsterländer, Sauerländer, Ostwestfalen, Südwestfalen und die Abgesandten des vielgestaltigen Rheinlands sind gern nach Düsseldorf gekommen. Und es hat ihnen wohlgetan, in der Landeshauptstadt, die doch ein ganzes Stück von ihnen entfernt liegt, ihre Stärken und Sorgen auszubreiten und bei den Abgeordneten ein offenes Ohr zu finden.

Ein anderer Akzent des Landtags liegt auf der jungen Generation. Sie soll näher an die Landespolitik herangebracht und für die Demokratie gewonnen werden. „Null Bock“ – dieses Motto gilt nicht mehr. Tag der Offenen Tür, Beteiligung an den jährlichen Nordrhein-Westfalen-Tagen reihum im Land, Sonntagsöffnung des Parlaments, Ausstellungen – das Hohe Haus ist ein offenes, bürgernahes Haus, dessen Mitglieder und Repräsentanten nicht auf die Menschen warten, sondern auf sie zugehen. JK

# KiBiz nimmt dritte und letzte Hürde

## Bis zuletzt sorgte der Entwurf für Zündstoff unter den Fraktionen

*Nach monatelangen, zähen und mitunter emotionsreichen Debatten ist jetzt der Weg frei für das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz). In dritter Lesung hat der Landtag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen das Gesetz (Drs. 14/4410) verabschiedet. Es tritt am 1. August kommenden Jahres in Kraft.*

Andrea Milz (CDU) fand, nach der Fülle von KiBiz-Debatten der vergangenen Monate sei nun endlich die Zeit des Handelns gekommen. Trotz der nicht enden wollenden Kritik der Opposition zeigte sie sich überzeugt davon, „mit KiBiz den Weg in die Zukunft zu gehen“. Sie fasste zusammen: Das Kinderbildungsgesetz bedeute mehr Bildung und individuelle Sprachförderung, schaffe mehr Beratung und Vernetzung durch Familienzentren, Sorge für massiven Ausbau der Plätze für Kleinkinder und verankere gesetzlich die Betreuung durch Tagesmütter und -väter. Zudem stelle das Gesetz mehr Geld für frühkindliche Bildung zur Verfügung, als dies jemals zuvor der Fall gewesen sei. Es schaffe klare Finanzstrukturen sowie Planungssicherheit, ermögliche Wahlfreiheit für die Eltern und verbessere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Britta Altenkamp (SPD) äußerte die Vermutung, bei der dritten Lesung gehe es der Koalition offenbar nur um eins: „Schnell vom Tisch, weg ist weg!“ Das Gesetz und seine Auswirkungen würden den Landtag in Zukunft aber sicherlich noch häufig beschäftigen: „Sie werden erleben, dass dieses Gesetz absolut ungeeignet ist, die Zukunftsaufgaben zur Betreuung der Kinder in diesem Land tatsächlich sicherzustellen.“ Schwarz-Gelb sei es in dem gesamten Gesetzgebungsverfahren

„nicht in einem einzigen Punkt“ um die Kinder und deren Familien, sondern ausschließlich ums Geld gegangen. Ihr Fazit: Das KiBiz sei mitnichten das „modernste“ Gesetz Deutschlands im Bereich der Kindertageseinrichtungen, „es ist das armseligste Gesetz, was wir in diesem Bereich finden“. Die Koalition trage die Verantwortung dafür, dass Kinder in NRW künftig wesentlich schlechtere Bildungschancen hätten.

Christian Lindner (FDP) wies die Kritik zurück. Schließlich sei es die Vorgängerregierung gewesen, die im Bereich der Bildung und Förderung von Kindern große Probleme hinterlassen habe. Schwarz-Gelb habe hingegen Gestaltungswillen und Mut bewiesen und die notwendigen Veränderungen vorgenommen. „Wir bewegen uns weg von der Schlusslichtposition bei der Betreuung von unter Dreijährigen mit 2,8 auf über 20 Prozent im Jahr 2010“, so Lindner. „Am Ende werden die Menschen erkennen, wer über Jahre untätig war und wer nur aus der Deckung kam, als es darum ging, diejenigen, die handeln wollten, zu belasten und zu behindern, und wer hier im Land tatsächlich Verantwortung übernimmt, das Kindergartenwesen modernisiert und an geänderte Anforderungen anpasst.“ KiBiz sei ein gutes Gesetz im Interesse von Kindern und Familien. „Wir werden dafür große und größte Zustimmung erhalten.“

Andrea Asch (GRÜNE) blickte ebenfalls in die Zukunft: „Sie werden sich noch die Augen reiben und an unsere Warnungen und die der Fachleute denken und sich wünschen, dass Sie nie die Hand für dieses Gesetz gehoben hätten, wenn die Eltern vor Ihrer Tür stehen, weil sie mit diesem unlogischen und wirren Finanzierungssystem und der immensen Bürokratie nicht zurechtkommen.“ Schon jetzt fordere das Gesetz erste Opfer. In Dortmund habe ein Träger drei Erzieherinnen vorsorglich gekündigt, da es ihm aufgrund des KiBiz um seine Existenzgrundlage bange sei. Asch: „Sie schwächen die Erzieherinnen, Sie schwächen die Einrichtungen, Sie schwächen die Eltern, und damit schwächen Sie auch die Kinder in unserem Land. Damit zeigen Sie, dass Kinder und Familien bei dieser Landesregierung nicht in guten Händen sind.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos) übte harsche Kritik an dem Gesetz: Es bedeute Kinderbildung nach Klassenlage und vor allen Dingen nach Kassenlage. „Dies ist ein Gesetz von Neoliberalen in diesem Land“, so Sagel. „Es ist gegen Kinder, gegen Eltern und gegen Bildung und Erziehung in unserem Land gerichtet.“

Familienminister Armin Laschet (CDU) zeigte sich zuversichtlich, dass das Gesetz auch künftig den Landtag beschäftigen wird. „Wir selbst werden das beantragen. Wir werden Debatte für Debatte Bilanz ziehen und Ihnen Jahr für Jahr vorhalten, dass wir die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige erhöht haben, dass wir als Land NRW nicht mehr Schlusslicht sind“, so der Minister. Zum Ende der dritten Lesung zog Laschet ein Resümee: „Die Debatten der letzten Wochen waren manchmal heftig und hart. Ich hoffe jedoch, dass wir jetzt zu einer konstruktiven Umsetzung des Gesetzes kommen – auch über die Parteigrenzen hinweg.“ ■

## „Ich schwöre ...“

... dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen werde“ – so beginnt die Formel, mit der neue Kabinettsmitglieder ihren Amtseid vor dem Parlament ablegen. Andreas Krautscheid (CDU) ist neuer Minister für Bundes- und Europangelegenheiten, nachdem Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ihn im vergangenen Jahr zu seinem Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien berufen hatte. Der 46-jährige Jurist stammt aus Wissen an der Sieg und ist Vorsitzender der CDU Rhein-Sieg. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestags. Landtagspräsidentin Regina van Dinther sprach unter dem Beifall der Abgeordneten dem neuen Minister, der über kein Landtagsmandat verfügt, die besten Wünsche für seine verantwortungsvolle Aufgabe aus.

Foto: Schälte



# Glücksspiel und Spielsucht

## Staatsvertrag sucht den vom höchsten Gericht verlangten Ausgleich

Am Tag der Entscheidung druckten Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen ab. „Nein“, hieß es darin zum Glücksspielstaatsvertrag (Gesetzesentwurf der Landesregierung Drs. 14/4849), dessen zweite Lesung auf der Tagesordnung des Landtags stand. Ein Bochumer Glücksspielvermittler brachte darin seine Befürchtung zum Ausdruck, dass das Gesetz „ein faktisches Berufsverbot für tausende von Unternehmern“ enthalte, „die staatliche Lottoscheine oder Lotterielose vermitteln“. Trotz dieser Kampagne: Der Landtag stimmte mit der Mehrheit von CDU und FDP für diesen Vertrag, SPD und Grüne votierten dagegen.

Ilka von Boeselager (CDU) sagte für ihre Fraktion: „Nach allem Abwägen meinen wir, dass dies ein gutes Vertragswerk ist.“ Alle Bundesländer müssten zustimmen. Der Vertrag verfolge vier Ziele. Er wolle Glücksspielsucht verhindern und Sucht, wenn sie entstanden sei, wirksam bekämpfen. Zum anderen solle er das Angebot begrenzen und in geordnete und überwachte Bahnen lenken. Ferner sei der Jugend- und Spielerschutz gewährleistet. Zum Schluss würden durch ihn Spieler vor Betrug bewahrt und die mit Glücksspielen verbundene Folge- und Begleitkriminalität abgewehrt. Auch die „Europafestigkeit“ sei gegeben. Das Resümee der Abgeordneten: „Aus unserer Sicht erfüllen die Länder mit dem durch den Glücksspielstaatsvertrag gewährleisteten Monopol im Glücksspielbereich die Anforderungen an ein kohärentes und systematisches Modell zur zulässigen Beschränkung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit.“

Wolfram Kuschke (SPD) war skeptisch und meinte: „Wir glauben, dass bei allem Engagement dieses Ergebnis keinen Bestand haben wird, weil es nach wie vor europarechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken gibt und weil die schwierige

Aufgabe, in dem Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Monopol und Konzessionsmodell einen Weg zu finden, nicht genügend austariert worden ist.“ In ihrem Entschließungsantrag habe seine Fraktion deutlich gemacht, dass sie auch ausreichende rechtliche Regelungen für die Zuflüsse an die Landesstiftung vermissen. „Wir sind dafür, dass die Auswirkungen auf die gewerblichen Spielvermittler im Lottobereich geprüft und unnötige Belastungen vermieden werden“, setzte Kuschke fort und sprach beim Lottospiel von „vergleichsweise geringem Suchtpotenzial“ – da werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Ralf Witzel (FDP) betonte: „Dem Land Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, durch die Einfügung eines Passus in das Ausführungsgesetz zum Lotterie- und Glücksspielstaatsvertrag dafür zu sorgen, dass die privaten Lotterievermittler weiter tätig sein können.“ Damit trage man den Interessen der auf diesem Markt tätigen mittelständischen Betrieben Rechnung und sichere Arbeitsplätze in

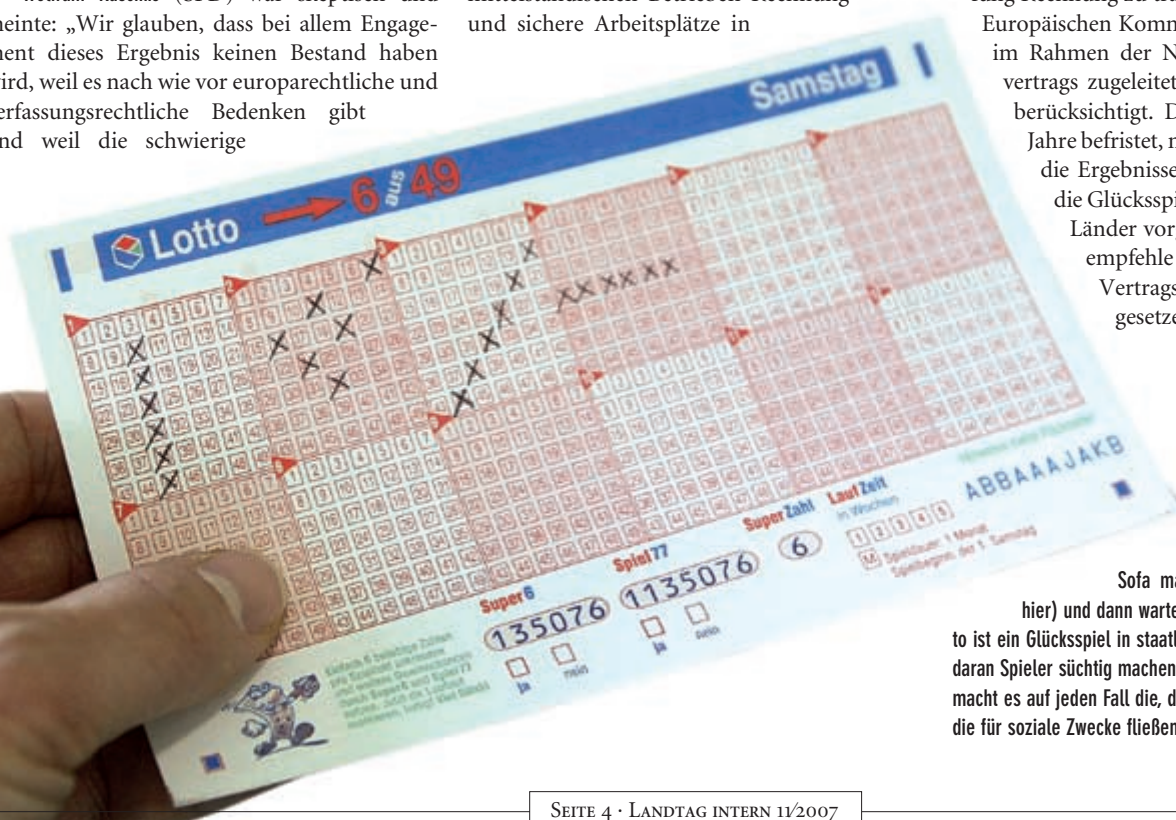
NRW. Mit dem Vertrag werde das staatliche Sportwettmonopol nicht für alle Zeiten festgeschrieben, sondern auf eine verfassungskonforme Grundlage gestellt, betonte der Abgeordnete und begrüßte die Vorschrift, nach drei Jahren den Staatsvertrag auf den Prüfstand zu stellen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, war ebenfalls der Meinung der anderen Oppositionsfraktion, den Staatsvertrag nicht „durchzuziehen“, sondern abzuwarten, „und mit den anderen Ländern noch einmal darüber zu beraten“. Der Vertrag sei handwerklich schlecht, seine Auswirkungen auf die Destinatäre (Organisationen, die die Zweckabgaben zur Erfüllung sozialer, kultureller und sonstiger gemeinnütziger Aufgaben erhalten) seien nicht so nachhaltig und sicher wie dargestellt. Außerdem müsse wegen mangelnder Gerichts- und Europafestigkeit gleich das nächste Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden, sagte sie voraus. Ihr Schluss: An der Verabschiedung dieses „schlechten“ Gesetzes wollten sich die Grünen nicht beteiligen. Die Auswirkungen auf die Beteiligten seien unbefriedigend berücksichtigt, es sei nicht nötig, das Lotto-Spiel zu regeln, sondern Bestimmungen zur Wettspielsucht, hier vor allem bei Spielautomaten, zu treffen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) unterstrich die Absicht der Länder, mit dem Staatsvertrag am staatlichen Glücksspielmonopol festzuhalten, „um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an eine konsequente Suchtbekämpfung Rechnung zu tragen“. Die Bedenken der Europäischen Kommission, der der Entwurf im Rahmen der Notifizierung des Staatsvertrags zugeleitet worden sei, habe man berücksichtigt. Der Vertrag sei auf vier Jahre befristet, nach drei Jahren müssten die Ergebnisse der Evaluierung durch die Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder vorgelegt werden. Er, Wolf, empfehle die Annahmen des Vertrags und des Ausführungsgesetzes. ■

Ein paar Kreuzchen auf dem Sofa machen (nicht unbedingt diese hier) und dann warten, ob man gewonnen hat. Lotto ist ein Glücksspiel in staatlicher Regie. Ob die Teilnahme daran Spieler süchtig machen kann, ist umstritten. Glück macht es auf jeden Fall die, die von den Erlösen profitieren, die für soziale Zwecke fließen.

Foto: Schälte



# Der Erfolg beflügelt

## Abgeordnete würdigen gutes Abschneiden bei Exzellenzinitiative

*Die Würfel in der zweiten Runde der bundesweiten Exzellenzinitiative sind gefallen: Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen darf sich Elite-Universität nennen, zwei Schulen „Graduiertenschulen“ und vier „Exzellenzcluster“ wurden ausgemacht. Ein weiterer Hochschulkandidat aus NRW, die Ruhr-Universität Bochum, ging diesmal noch leer aus. Nichtsdestotrotz: „Erfolge nordrhein-westfälischer Universitäten bei der Exzellenzinitiative“ lautete das Thema der Unterrichtung durch die Landesregierung, über die der Landtag Ende Oktober debattierte.*

UMIC heißt das Exzellenzcluster, das an der RWTH Aachen mit Simulationssoftware Optimierungsverfahren zur Steigerung von Qualität und Kapazität der Mobilfunknetze erforscht.

Foto: Winandy

Forschungsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) zeigte sich erfreut: „Was dieser Wettbewerb insgesamt an positiven Effekten ausgelöst hat, hätte ich nicht für möglich gehalten.“ Die Aufbruchstimmung sei förmlich mit Händen zu greifen, nicht nur an der neuen Elite-Universität RWTH Aachen. An vielen Orten habe sich die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute ausgezahlt. So habe die Universität Köln einen Exzellenzcluster Altersforschung gewonnen, nachdem Köln bereits im Frühjahr den Zuschlag für ein neues Max-Planck-Institut erhalten habe. Die Universität Bielefeld habe in der Roboterforschung einen Exzellenzcluster ge-

dem neuen Programm „FH-Extra“ (in den kommenden Jahren mit rund 28 Millionen Euro), Stipendiensysteme und die Suche nach privaten Sponsoren. „Bayern und Baden-Württemberg haben einen jahrzehntelangen Vorsprung“, so der Minister, „aber die Aufholjagd geht weiter. Studienbeiträge bringen den Universitäten dreimal so viel Geld wie die Exzellenzinitiative. So viele Mittel hatten die Universitäten noch nie.“

Karl Schultheis (SPD) sagte, es sei sehr bedauerlich, dass das Konzept der Universität Bochum trotz seiner hohen Qualität nicht zum Zuge gekommen sei. Er forderte darum die Landes-

Manfred Kuhmichel (CDU) sprach von einem Kulturwandel bei den Hochschulen. „Für das Tempo dieses Kulturwandels haben wir, CDU und FDP, gesorgt“, meinte er und wandte sich an den Redner von der SPD: „Wenn Sie, Herr Schultheis, Wasser mitbringen, um es in den Wein zu gießen, müssen Sie auch das Glas treffen.“ Immer wieder habe die SPD, als sie noch Regierungsverantwortung getragen habe, Anträge der CDU abgelehnt, die den Unternehmergeist an Hochschulen fördern sollten. „Sie wissen doch, dass in Ihrer Partei Menschen sind, die mit dem Begriff Elite aus ideologischen Gründen immer Probleme hatten.“ Deshalb habe NRW für die Exzellenzinitiative eine schlechtere Ausgangsposition als andere Länder. Nun aber gelte: „Machen Sie mit, meckern Sie nicht.“

Ralf Witzel (FDP) betonte, die Koalition habe massiv in Bildung und Wissenschaft investiert. Eine internationale Auszeichnung mit dem Gütesiegel „Elite-Universität“ verleihe Selbstbewusstsein, auch private Geldquellen zu erschließen. Die Ergebnisse zeigten, dass die Reformen richtig gewesen seien: „Wir haben Schluss gemacht mit der Mangelverwaltung, die dadurch gekennzeichnet war, Hochschulen mit detailreichen Vorgaben zu gängeln. Wir haben Wissenschaftler davon befreit, sich mit überbordender Bürokratie auseinandersetzen zu müssen.“ Die Studienanfängerzahlen stiegen in diesem Semester auf eine Rekordmarke.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) konterte: „Auch ich muss Wasser in den Wein gießen. Baden-Württemberg hat bei den Fördermitteln überproportional abgesahnt. Hier haben Sie schlecht



Fotos: Schälte

Forschungsminister Professor  
Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

Karl Schultheis (SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

wonnen. Einen schönen Erfolg feiere auch die Universität Münster, die einen geisteswissenschaftlichen Exzellenzcluster erhalten habe. Zur Ruhr-Universität Bochum meinte er, man sei im Finale um den Titel einer Elite-Universität zwar knapp ausgeschieden. Was sie allerdings an Renommee, Reputation und Selbstbewusstsein zugelegt habe, sei enorm. Pinkwart hob insbesondere die „Veränderungsdynamik“ der Universität hervor. Parallel zur Exzellenzinitiative fördere die Landesregierung auch die angewandte Forschung an den Fachhochschulen mit

regierung auf, sie solle Landesgeld nachlegen. „Betrachten wir die Ergebnisse der Exzellenzinitiative in Relation mit der Bevölkerungszahl, der Anzahl der Hochschulen und der Anzahl der gestellten Anträge in Nordrhein-Westfalen, müssen wir feststellen, dass das bevölkerungsgrößte Bundesland in seiner Gesamtheit ein nicht so gutes Ergebnis einfährt. Nordrhein-Westfalen sollte dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und eigene Exzellenzinitiativen auf den Weg bringen“, forderte Schultheis. Förderung von Spitzenforschung erfordere zusätzliche Mittel.

verhandelt, Herr Minister“, kritisierte sie. Die jungen Hochschulen in NRW hätten noch nicht so viel Zeit gehabt, sich national und international einen Namen zu machen wie etwa Heidelberg. „Die Unis in Bayern und Baden-Württemberg waren eben besser gefördert. Dafür bilden wir in NRW mehr Studierende als in anderen Bundesländern aus.“ Exzellenz werde nicht vererbt, sondern müsse sich immer wieder neu bewähren. „Der Wettbewerb muss zu einem festen Bestandteil werden. Insbesondere muss zusätzliches Geld fließen.“

# Die Stunde der Opposition

## Schlagabtausch über Ablauf einer Jugendveranstaltung

Beratung unter der Kuppel des Plenarsaals: Präsidium, Fraktionsgeschäftsführer, Abgeordnete und Mitglieder der Landtagsverwaltung erörtern die gerade geführte engagierte Geschäftsordnungsdebatte über die Aktuelle Stunde – und welche Konsequenz daraus zu ziehen ist. Foto: Schälte

*Nicht erst in der Aktuellen Stunde zum Ende des Plenums am 25. Oktober gingen die Wogen hoch: Das Thema Kinderforum der Landesregierung (wir berichteten) nutzte die Opposition ein weiteres Mal, um Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen. SPD und Grüne wollten wissen (und gesagt bekommen): War das Interview des neunjährigen Moderators abgesprochen und was wusste der Ministerpräsident im Vorfeld von dieser Art Veranstaltung? Hinzu kam der Schachzug der Regierungsfaktionen, mit ihrer Mehrheit die von SPD und Grünen beantragte Aktuelle Stunde nicht an den Anfang eines Plenums zu setzen, sondern gegen den Protest der Opposition ans Ende zu verschieben.*

Wolfram Kuschke (SPD) warf der Koalition und dem Ministerpräsidenten vor, sie hätten mehrere Gelegenheiten zur Antwort auf die Fragen der Opposition im Hauptausschuss und in der zurückliegenden Fragestunde des Landtags nicht genutzt. „Es hätte so einfach sein können“, fand er und meinte, was bisher durchaus komödiantische Züge gehabt habe, wachse sich nun zur „tragischen Komödie“ aus. Welche Rolle spiele Rüttgers dabei? Habe er Kenntnis von der Vorbereitung gehabt? Habe er sich inzwischen davon distanziert? Kuschke mahnte den Ministerpräsidenten: „Distanzieren Sie sich in der notwendigen Klarheit endlich heute von diesen Vorgängen, die zu dieser Inszenierung geführt haben!“ Da der Ministerpräsident anwesend sei, warte man mit Spannung auf seine Antworten.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, fand, dass mit dem Beschluss, die Aktuelle Stunde vom Anfang ans Ende der Tagesordnung zu setzen, eine „Grenze überschritten“ und „der demokratischen Tradition und der Demokratie insgesamt großer Schaden zugefügt“ worden sei. Löhrmann wörtlich: „Es ist etwas faul im Staate Rüttgers und auch in diesem Parlament, möchte ich in Anlehnung an Hamlet sagen.“ Sie wollte wissen, wer aus der Regierung an der Vorbereitung des Kinderforums gearbeitet und wer „diese Inszenierung“ zu verantworten habe. Das Ganze passe in das „Sittengemälde eines Landesfürsten und seines Hofstaats“. Die

Abgeordnete: „Herr Ministerpräsident, mit dem Stil Ihrer Regierung nehmen Sie Anleihen bei einer Form von Staatspropaganda, die einer Demokratie unwürdig ist.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) fand das, was die GRÜNE-Sprecherin abgeliefert habe, „so stilllos, wie ich es noch nie in diesem Parlament erlebt habe“. Egal, ob bei Kuschke oder Löhrmann, „es gibt keine Vorgänge, sondern nur falsche Behauptungen“. Die Bezeichnung als „Inszenierung“ sei falsch. Rüttgers: „Wir werden es uns von Ihnen nicht verbieten lassen, Menschen aus diesem Land in die Ministerien oder in die Staatskanzlei nach Düsseldorf einzuladen und mit ihnen über unsere Politik zu reden.“ Die „schlechte“ Opposition habe nichts in der Hand, sondern versuche, „durch Verdrehungen und falsche Behauptungen aus einer Mücke einen Elefanten zu machen“. Die Darstellung von Seiten der SPD und der Grünen, urteilte er, „war nichts anderes als lächerlich, und schadet dem Ruf des Parlamentarismus“.

Markus Töns (SPD) ließ es nicht gelten, wenn der Ministerpräsident verbreite, er habe von nichts gewusst. Dem Ministerpräsidenten sei eine umfassende Akte zur Verfügung gestellt worden. Mit den Moderatoren und den eingeladenen Kindern und Eltern des Kinderforums der Landesregierung seien die Fragen „vorsortiert und besprochen worden“. Daraus, so der Abgeordnete Töns wörtlich, folge, dass „der

Ministerpräsident genauso wie sein Minister Krautscheid ein sizilianisches Verhältnis zur Wahrheit hat“.

Wolfgang Große Brömer (SPD) war der Meinung: „Sie haben bisher nicht eine einzige Frage beantwortet, Herr Ministerpräsident.“ Statt Antworten seien Gegenvorwürfe gekommen, so dass jetzt die „Phase der Realsatire“ erreicht sei. Es sei offensichtlich, der Ministerpräsident habe ein „Imageproblem“. Nach den „Pleiten-, Pech- und Pannenaktionen“ müssten jetzt Kinder eingesetzt werden, um das Image zu steigern. Darauf würde jede Werbeagentur kommen. Es scheine, meinte der Abgeordnete, für die Landesregierung jetzt programmatisch zu werden, „das Image zu pflegen ohne sinnvolle Inhalte zu vermitteln“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, fand es beschämend, „dass sich niemand von den Regierungsfaktionen an dieser Debatte beteiligt“. Aufgabe der gewählten Abgeordneten sei es nicht, Gesetzentwürfen und Anträgen zuzustimmen und „ansonsten die Faust in der Tasche zu ballen. Auch Ihre Aufgabe besteht darin, diese Regierung zu kontrollieren.“ Auch und gerade das Verhalten der FDP heute sei „ein Baustein mehr in einem sehr undemokratischen Theater“. Der Ministerpräsident habe sich „herausgewunden“ und jeden ihrer Vorwürfe „bestätigt“. Keine Frage sei von ihm beantwortet worden. ■

# „Eine Provokation für die Politik“

## Abgeordnete kritisieren Preispläne der Stromanbieter

Mit den steigenden Strompreisen befasste sich der Landtag jetzt in einer Aktuellen Stunde. Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion debattierten die Abgeordneten über politische Maßnahmen, die Preisspirale zu stoppen. Führende Energieunternehmen hatten angekündigt, ihre Preise für Strom ab dem 1. Januar 2008 um bis zu zehn Prozent zu erhöhen. Grund seien – so die Konzerne – die steigenden Beschaffungskosten und finanzielle Mehrbelastungen beispielsweise durch die Produktion von Ökostrom.

Reiner Priggen (GRÜNE) erklärte, Strom müsse eigentlich noch teurer sein, da die Kosten von Umweltschäden durch Energiegewinnung längst nicht vollständig auf die Preise umgewälzt würden. Dennoch sehe er keine Legitimation für die aktuellen Preispläne. Die gestiegenen Beschaffungskosten etwa für Steinkohle würden eine Erhöhung um maximal 0,8 Prozent rechtfertigen. „Ich frage mich: Woher kommen die weiteren rund neun Prozent der Preissteigerung?“ Der energiepolitische Sprecher der Grünen vermisste einen vernünftigen Wettbewerb auf dem Markt. Er forderte mehr Transparenz und bessere Zugangsmöglichkeiten für neue Anbieter. Weiteres Instrument zur Preiskontrolle sei die wirtschaftliche Trennung von Stromnetz und Energieerzeugern. Diesem Vorschlag stelle sich die Landesregierung jedoch entgegen.

Christian Weisbrich (CDU) nannte die steigenden Strompreise „eine Provokation für Verbraucher und Politik“. Die Erhöhungen könne man nicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Vorwurf machen. Den Grünen warf Weisbrich im Plenum vor, die aktuelle Entwicklung mit verursacht zu haben: „Sie selbst haben in ihrer Regierungszeit die Weichen so gestellt, dass die Zuständigkeit für die länderübergreifende Preisstrategie der Konzerne beim Bundeskartellamt liegt, und die Landeskartellbehörde weitgehend

entmachtet ist.“ Weisbrich betonte, der Bau hocheffizienter Kraftwerke sei ein sinnvolles Instrument, um zukünftigen Preiserhöhungen entgegen zu wirken. Als Beispiel führte er die geplante Errichtung eines modernen Steinkohlekraftwerks in Krefeld an, das die Grünen allerdings ablehnen würden.

Norbert Römer (SPD) bemängelte, dass die Möglichkeiten zum Wechsel des Stromanbieters begrenzt seien. „Das liegt an der Anbieterstruktur“, so der Abgeordnete. „Die meisten Anbieter sind nicht in der Lage, Strom selbst herzustellen. Sie sind darauf angewiesen, bei einem der vier großen Unternehmen Strom zu erwerben und weiter zu verkaufen.“ Politisches Ziel müsse es sein, „einen fairen Wettbewerb zu erzeugen.“ Die Preispläne der Konzerne seien nicht durch gestiegene Herstellungskosten zu begründen. „Weder sind die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um zehn Prozent gestiegen, noch die Kapital- oder Brennstoffkosten“, sagte Römer. Er sprach sich für eine stärkere Regulierung des Marktes aus: „Fairer Wettbewerb braucht staatliche Leitplanken, sonst sind die Verbraucher die Leidtragenden.“

Dietmar Brookes (FDP) warf den Grünen vor, „mit gespaltener Zunge“ zu reden. „Der Verbraucher soll durch teure Energie zum sparsamen Umgang mit Ressourcen gezwungen wer-

den“, meinte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP. Diese Politik sei Hauptverursacher steigender Preise. SPD und Grüne hätten in ihrer Regierungszeit die Steuer- und Abgabenlast auf Energie ganz bewusst „auf Rekordniveau getrieben.“ So hätten sich seit 1998 die Belastungen für Stromkunden verfünffacht. Ein Eingreifen der Landesregierung sei jedoch nicht angebracht. „Die Regierung hat in liberalisierten Märkten nichts verloren“, so Brookes. Deutlich sprach er sich gegen eine Trennung von Stromnetz und Energieerzeugern aus: „Die zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten würden den Liberalisierungsprozess zum Stillstand bringen.“

Energieministerin Christa Thoben (CDU) betonte, ihr Ministerium wende die verbliebene Missbrauchsaufsicht für Haustarife ausgiebig an. Von den 119 Haustarifanbietern im Land hätten 19 eine Erhöhung ihrer Strompreise angekündigt. „Neun bis zehn davon liegen mit ihren Preisplänen deutlich über dem Durchschnitt. Diese Fälle werden wir kartellrechtlich genau prüfen“, erklärte die Ministerin. Sie rief die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, von den Möglichkeiten eines Anbieterwechsels Gebrauch zu machen. Mit einer Vielzahl an Programmen setze sich die Landesregierung dafür ein, den sparsamen Umgang mit Energieressourcen zu fördern. „Wir müssen erreichen, dass wir nicht mehr so viel Energie verplempern“, sagte Thoben. ■



Reiner Priggen (GRÜNE)

Christian Weisbrich (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Dietmar Brookes (FDP)

Energieministerin Christa Thoben (CDU)

Fotos: Schälte

# Salzbrühe stößt sauer auf

## Länder und Gemeinden wollen nicht mehr Lauge im Flusswasser

*In einem gemeinsamen Antrag (Drs. 14/5125) haben sich die vier Landtagsfraktionen dafür ausgesprochen, die Versalzung von Weser und Werra – und damit die unmittelbaren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen – nachhaltig zu verringern. Dem Hessischen Landtag hat das NRW-Parlament Unterstützung beim Finden eines breiten politischen Konsenses zugesagt.*

Friedhelm Ortgies (CDU) malte die Konsequenzen aus, wenn in Zukunft jährlich mehr als eine halbe Million Kubikmeter salzhaltige Lauge durch eine Pipeline der Kali Salz AG in die Werra abgeleitet werden sollten. Der Chloridgehalt dieser Laugen, die über die Werra die Weser erreichen, liege bei bis zu 2.500 Milligramm pro Liter. Der Abgeordnete nannte als Vergleich die für Trinkwasser gültige Obergrenze: 50 mg/l Nitrat. Ziel müsse es sein, die gesetzlich vorgeschriebenen Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 zu erfüllen und einen naturnahen Zustand von Werra und Weser bis mindestens 2020 herzustellen. Ortgies: „Trotz aller verständlichen wirtschaftlichen Zwänge der Kali und Salz AG müssen wir beachten, dass es für die Menschen an Werra und Weser nur schwer nachvollziehbar ist, diese Chloridkonzentration zu tolerieren.“ Er begrüßte den geplanten Runden Tisch, an dem sich auch NRW um eine Lösung bemühen werde.

Jürgen Unruhe (SPD) betonte, die Firma habe es versäumt, rechtzeitig alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu prüfen. Jetzt könne man die Antwort auf die Frage, wie es mittel- und

langfristig weitergeht, „nicht den renditeorientierten Managern von Kali und Salz überlassen“. Der Abgeordnete: „Ziel muss es sein, den dreckigsten Fluss Deutschlands unter Einhaltung der rechtlichen Voraussetzungen zu einem naturnahen Gewässer nach EU-Recht zu entwickeln.“ Es müsse ein Zeitplan aufgestellt, Vermeidungs- und Entsorgungsstrategien müssten erforscht, entwickelt und angewendet werden. Die Behörden in Hessen seien gefordert, geltendes Europa-, Bundes- und Landesrecht zur Verbesserung der Wasserqualität durchzusetzen. Kaliproduktion und Arbeitsplätze seien zu sichern, eine dauerhafte umweltverträgliche Entsorgung der Rückstände des Bergbaus müsse gewährleistet werden. Unruhe wörtlich: „Nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem die Interessen der Anlieger und Bürger müssen hier im Vordergrund stehen.“

Holger Ellerbrock (FDP) erinnerte an die 6.000 Arbeitsplätze im betroffenen Unternehmen, dem er aber vorhielt, es bedürfe „dringend der Begleitung“. Es gehe nämlich seinerseits vom Erhalt der Einleitungserlaubnis aus und verhalte sich so, wie er, Ellerbrock, es vor Jahren

beim Bergbau erlebt habe – getreu dem Motto: „Wir sind hier, wir haben Arbeitsplätze, wir haben Rechtstitel.“ So etwas sei eines großen Unternehmens nicht würdig, fand er. Darum sei der Runde Tisch der richtige Schritt in die richtige Richtung. Der Abgeordnete würdigte ausdrücklich, dass die vier Fraktionen zu einer gemeinsamen Haltung gefunden hätten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erklärte, auch wenn die Firma es nicht geprüft habe, es gebe Alternativen: „Sie sind möglicherweise teurer.“ Aber auf der anderen Seite gehe es um den Anspruch auf möglichst saubere Gewässer. Dass es 2007 solche Zustände geben solle wie zu Zeiten der DDR, sei den Menschen nicht zu vermitteln, „das ist ein Anachronismus“. Das Unternehmen müsse die gleichgerichteten Bestrebungen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zur Kenntnis nehmen. Was die Rechtstitel angehe: Einleitungserlaubnisse könnten auch zurückgenommen werden. Dabei sei allerdings ein möglicher Entschädigungsanspruch zu beachten.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) erwähnte die Klageabsicht von betroffenen Anliegerkommunen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Niedersachsen. Im Interesse der nordrhein-westfälischen Gemeinden werde sich die Landesregierung konsequent dafür einsetzen, „dass die bisherigen Sanierungsmaßnahmen nicht gefährdet werden. Es müssen im Gegenteil die jetzigen Salzeinträge weiter vermindert werden.“ Die anzustrebende Lösung müsse den wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens und dem Umweltschutz gleichermaßen gerecht werden. Das unterstütze der gemeinsame Antrag. ■



## NRW trifft ...

... die Slowakei – ein Land großer Möglichkeiten. Dieses Motto stand über dem Besuch des Ministers für Wirtschaft der Slowakischen Republik, Lubomir Jahneek, im Landtag. Landtagspräsidentin Regina van Dinter sprach die Hoffnung aus, dass durch solche Begegnungen der Prozess des Zusammenwachsens in Europa weiter unterstützt wird. Der Minister teilte mit, dass das Handelsvolumen seines Landes mit NRW rund eine Milliarde Euro ausmacht. Foto: Schälte



# Halbzeit im Landtag

## Parlament und Präsidium gehen auf die Menschen zu

*Seit zweieinhalb Jahren ist die schwarz-gelbe Landesregierung von CDU und FDP im Amt. Zur landespolitischen Halbzeit blickt auch der Landtag auf sein Wirken im Auftrag der Wählerinnen und Wähler zurück. Die offizielle Parlamentsstatistik spiegelt Umfang und Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit wider.*

Zu 72 Plenarsitzungen trafen sich die Abgeordneten seit der ersten Zusammenkunft des Landtags am 8. Juni

2005. Aber die Arbeit lässt sich längst nicht auf diese Plenartermine beschränken: In 658 Ausschussrunden berieten die Volksvertreterinnen und Volksvertreter ausführlich über 114 Gesetzentwürfe und 517 Anträge aus den Fraktionen.

Das Ergebnis: Bislang hat der Landtag 77 Gesetze der Landesregierung und der Regierungsfractionen von CDU und FDP verabschiedet. Dazu gehören auch intensiv debattierte Vorlagen wie das jüngst beschlossene Kinderbildungsgesetz (KiBiz), die geänderte Gemeindeordnung, das neue Landespersonalvertretungsgesetz oder das Gesetz zur Straffung der Behördenstrukturen.

Auch die Oppositionsfraktionen SPD und Grüne bewiesen Präsenz und machten ausgiebig von den Kontrollrechten des Parlaments Gebrauch. So richteten ihre Abgeordneten 1.946 Kleine Anfragen über die unterschiedlichsten Sachverhalte an die Landesregierung. Dem Plenum legten sie zahlreiche Gesetzentwürfe und Anträge vor.

Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben auch bei der Zusammensetzung des Parlaments ihre Spuren hinterlassen. Bisher sind zehn der insgesamt 187 Abgeordneten während der Wahlperiode aus dem Landtag ausgeschieden, darunter auch der SPD-Abgeordnete und heutige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sowie der ehemalige Landtagsvizepräsident der Grünen, Dr. Michael Vesper. Er wechselte als Generaldirektor zum Deutschen Olympischen Sportbund. Die nächste personelle Veränderung tritt ein, wenn der Abgeordnete und bisherige Europaminister Michael Breuer (CDU) wegen seiner Wahl zum Sparkassenverbandspräsidenten sein Mandat zurückgeben wird.

Dass der Landtag in ganz Nordrhein-Westfalen präsent sein will, zeigen die Schulbesuche des Präsidiums. Schon über 30 Mal haben sich mit großem Erfolg Landtagspräsidentin Regina van Dinther und ihre Vertreter

den Fragen der jungen Leute in den Klassenräumen gestellt. Mit dieser Aktion will der Landtag das politische Interesse junger Menschen fördern. Das Schwerpunktthema „Jugend und Parlament“ war auch Leitmotto der in Düsseldorf ausgerichteten Präsidentenkonferenz, zu der die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags sowie des Südtiroler Landtags im Juni 2007 anreisten.

Der Petitionsausschuss des Landtags hat direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Neben regelmäßigen Sprechstunden in der Villa Horion finden die Ausschussmitglieder auch bei Ortsterminen im Land große Resonanz. In bislang über 9.400 Fällen wandten sich Bürgerinnen und Bürger mit Bitten und Beschwerden an den Ausschuss. Rund 1.360 dieser Petitionen ging der Ausschuss bislang näher nach.

### HÖHEPUNKTE

Als Haus der 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen hat das Parlament in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren die Vielfalt des Landes in zahlreichen Veranstaltungen gespiegelt. Höhepunkte: Vor kurzem der NRW-Tag, der seine Premiere in Paderborn hatte und die Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag von Land und Landtag im Spätsommer 2006. Damals öffnete der Landtag seine Türen zu einem großen Bürgerfest: Über 62.000 Bürgerinnen und Bürger von nah und fern erkundeten das Parlament. Rund um dieses Datum präsentierten sich im Landtag die nordrhein-westfälischen Regionen an parlamentarischen Abenden. Bis zu 1.000 Gäste kamen und wurden informiert, unterhalten und von der regionalen Küche beköstigt. Mit weiteren Empfängen und Ausstellungen im Landtag, etwa zum Leben des Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer oder zur 50-jährigen Patenschaft des Landes mit den Siebenbürger Sachsen, konnten wichtige Beiträge zum kulturellen und sozialen Miteinander geleistet werden. Eine denkwürdige Zahl für das kommende Jahr steht auch schon fest: 2008 arbeitet der Landtag seit 20 Jahren im runden Parlamentsgebäude am Rheinufer. SW

In 21 Ausschüssen und Unterausschüssen ist die parlamentarische Arbeit des Landtags in der 14. Wahlperiode organisiert. Zu den 658 Ausschusssitzungen kamen außerdem 97 öffentliche Anhörungen. Die SPD stellte 1.266 Kleine Anfragen an die Landesregierung, die Grünen 677, die CDU 32, die FDP 10 sowie SPD und Grüne gemeinsam weitere drei. Die Parlamentsstatistik (Stand: 5. November 2007) zählte bislang außerdem 16 Große Anfragen der beiden Oppositionsfraktionen (SPD 11, Grüne 5).

Auflaufen zur zweiten Runde – dieser Spieler des FC, des Fußballclubs des Landtags, macht deutlich, dass das „Spiel“ noch nicht vorbei ist. Die ersten 45 Minuten auf dem grünen Rasen entsprechen der Hälfte jener fünf Jahre, die eine Legislaturperiode in der Landpolitik umfasst. Nach der Halbzeit geht es weiter. Damit daraus ein Erfolg wird, sind Analyse des Gegners, Ausdauer, Vertrauen in die eigene Mannschaft, Psychologie und Taktik unabdingbar – im Sport wie in der Politik. Foto: Schälte

# Knapp 900 Tage Schwarz-Gelb

## „Landtag intern“ bittet Fraktionschefs um Zwischenfazit

Vor 907 Tagen besiegelten die Wählerinnen und Wähler den Machtwechsel im Land, vor 890 Tagen konstituierte sich der neue Landtag. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist seit nunmehr 876 Tagen im Amt. Zeit für eine Zwischenbilanz. Dazu befragte „Landtag intern“ die Vorsitzenden der vier Landtagsfraktionen: Helmut Stahl (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Dr. Gerhard Papke (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).

**Halbzeitbilanz von Schwarz-Gelb. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wie bewerten Sie die Leistungen der Koalition in der ersten Hälfte der Wahlperiode?**

**Stahl:** Offen gestanden – ich bin mit meinen Kolleginnen und Kollegen ein Stück stolz. Wir haben den uns hinterlassenen Reformstau aufgelöst. Wir haben getan, was wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl im Mai 2005 gesagt haben. Wir haben den Unterrichtsausfall an unseren Schulen gesenkt. Wir steigen aus der Schuldenspirale aus, wir haben Rahmenbedingungen gesetzt für Wachstum und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen. Wir haben ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht, ein Hochschulfreiheitsgesetz, den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau erreicht und jetzt ein Kinderbildungsgesetz verabschiedet, das die Zahl der Betreuungsplätze für Unterdreijährige bedarfsgerecht entwickelt, hilft, Familien und Erwerbsarbeit besser miteinander zu verbinden und das die Familien in ihrem Erziehungsauftrag stärkt. Ja – unser Land verändert sich an vielen Stellen, und zwar zum Guten.

**Kraft:** Regierung und Koalition verantworten eine falsche Politik für Nordrhein-Westfalen. Statt einer ökonomisch verfehlten Politik des „Privat vor Staat“ insbesondere gegen die Kommunen braucht unser Land eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten von Bildung, Kindern und Familien. Dazu fehlt Schwarz-Gelb offensichtlich die Kraft. Mit den Kürzungen im Haushalt und den Schul-, Kita- und Hochschulgesetzen wurden Veränderungen vorgenommen, die genau in die falsche Richtung führen: Elternbeiträge steigen, Bildungszugänge werden erschwert, Studiengebühren schrecken vom Studium ab. So verpasst unser Land alle Zukunftschancen.

**Dr. Papke:** Die Koalition hat in kurzer Zeit hervorragende Arbeit geleistet. Wir sind dabei, Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Chancen zu machen. In der Wirtschaft herrscht Aufbruchstimmung, weil wir die rot-grüne Politik bürokratischer Staatswirtschaft durch neue soziale Marktwirtschaft ersetzen.

Wir haben das Gemeinewirtschaftsrecht so novelliert, dass Staatsbetriebe, Handwerk und Mittelstand nicht mehr mit subventionierten Dumpingpreisen die Aufträge wegnehmen können. Wir haben die Ladenöffnungszeiten liberalisiert, das öffentliche Dienstrecht flexibilisiert und den Bürokratieabbau erkennbar vorangebracht. Das Ende des Subventionsbergbaus ist ein historischer Erfolg unserer Koalition, mit dem die Weichen Nordrhein-Westfalens in Richtung Zukunft gestellt werden. „Kinder fördern statt Steinkohle“ lautete das Versprechen der FDP vor der Wahl, jetzt setzen wir es in die Tat um. In unserer Halbzeitbilanz stehen mehr als 4.000 zusätzliche Lehrerstellen. Mit dem Kinderbildungsgesetz, dem Schulgesetz und dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir das gesamte Bildungssystem von Grund auf modernisiert und beste Chancen für unsere Kinder und Jugendlichen geschaffen. Unter Rot-Grün galt NRW als Land der Bremsen und Blockierer. Unter unserer Verantwortung ist NRW bundesweit das Reformland Nummer 1.

**Löhrmann:** Die Landesregierung hat ihre Politik selbst unter das Motto „Privat vor Staat“ gestellt. Tatsächlich bedeutet ihre Ideologie aber „Eigennutz vor Gemeinwohl“. Schwarz-Gelb fährt im Energieland Nummer 1 einen klima-

feindlichen Kurs gegen die Windenergie und für die Braun- und Steinkohlelobby. Schwarz-Gelb behindert die Bio-Bauern und fördert die konventionelle Agrarindustrie. Schwarz-Gelb höhlt die kommunale Selbstverwaltung aus durch den Griff in die kommunalen Haushalte und die Schwächung der Stadtwerke. Schwarz-Gelb stützt die Arbeitnehmerrechte, statt auf Konsens und Miteinander zu setzen. Zugleich fallen wichtige Zukunftsaufgaben unter den Tisch: Schwarz-Gelb verstärkt im Schulsystem die soziale Spaltung durch Aussortieren, Sitzenbleiben, Abschulen – im Ausland als „deutsche Idiotie“ bekannt – und verursacht steigende Kindergartenbeiträge. Wenn das die „Blaupause für Berlin“ sein soll, dann gute Nacht Deutschland.

**Blick in die zweite Halbzeit: Was will die Regierung noch erreichen und wie gedenkt sich die Opposition für 2010 in Stellung zu bringen?**

**Stahl:** In der Reformwerkstatt bleibt noch eine Menge zu tun. Wir werden das Sparkassenrecht novellieren, die Lehrerausbildung endlich zukunftsorientiert gestalten und ein neues Heimgesetz schaffen. Und wir werden weiter daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nr. 1 in Deutschland wird. Wir werden die Bedingungen für ein friedliches und sicheres Zusammenleben aller Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter verbessern, oder auch tatkräftig die ländlichen Räume zukunftsorientiert entwickeln helfen. Also – es bleibt noch eine Menge zu tun, mit Blick auf 2010, aber natürlich auch weit darüber hinaus.



Helmut Stahl (CDU)



Hannelore Kraft (SPD)

**Kraft:** Ein ganz wichtiger Punkt wird die Schulpolitik sein. Offizielle Prognosen belegen, dass die Schülerzahlen in NRW bis 2016 durchschnittlich um 15,6 Prozent sinken werden. Vor allem im ländlichen Raum hat sich die Situation schon jetzt dramatisch zuspitzt. Die schwarz-gelbe Landesregierung beharrt auf dem dreigliedrigen Schulsystem, das Kinder demnächst schon mit neun Jahren in Schubladen sortiert. Die SPD im Düsseldorfer Landtag hat mit der Gemeinschaftsschule ein Modell entwickelt, das auch auf die sinkenden Schülerzahlen reagiert. Wir wollen alle Bildungsgänge – vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur – unter einem Dach anbieten. Dabei werden alle Kinder nach der Grundschule in Klasse 5 und 6 weiter gemeinsam lernen. Dadurch haben alle Kinder und Jugendlichen die gleichen und die besten Bildungschancen. Die Gemeinschaftsschule ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gesamtkonzeptes „Beste Bildung für alle“, das alle Bereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung umfasst. Dazu gehört auch die Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule.

**Dr. Papke:** Die Koalition der Erneuerung kann auf das bisher Erreichte stolz sein. Aber wir wissen, dass die Modernisierung unseres Landes weitergehen muss. Wenn Reformgesetze im Gesetzblatt stehen, sind sie noch nicht bei den Menschen angekommen. Deshalb müssen die großen Reformprojekte jetzt konsequent in die Praxis umgesetzt und den Bürgern vermittelt werden. Zukunftssicherung und Verkauf der WestLB, das neue Sparkasengesetz, die Daueraufgabe Bürokratieabbau,

ein ausgeglichener Landeshaushalt bis 2010, insgesamt mehr Freiheit und Verantwortung für die Menschen, ihre Chancen noch besser nutzen zu können, bleiben aktuelle Herausforderung für unsere Politik. Deshalb werden wir sicherstellen, dass der Reformexpress unter Dampf bleibt.

**Löhrmann:** Wir Grüne sind eine kritische und konstruktive Opposition. Wenn Rüttgers vernünftig handelt, stimmen wir dem zu, so beim Ende der Steinkohlesubventionen. Ansonsten kann er sich unserer konsequenten Opposition sicher sein. Wir setzen unsere Schwerpunkte auf „Kinder“ und „Klima“. Bildungs- und Umweltpolitik sind die zentralen Aufgaben unserer Zeit. Nur mit einer exzellenten Bildung für alle kann NRW erfolgreich sein: vom Kindergarten über Schule, Lehre und Studium bis zur Weiterbildung. Wir brauchen mehr Leistung und Gerechtigkeit im Bildungssystem, und wir müssen endlich die zunehmende Kinderarmut wirksam bekämpfen. Für das Klima gilt: Deutschland kann die Klimaziele der Kanzlerin nur erreichen, wenn NRW beim Klimaschutz vorangeht. Wir haben viele Vorschläge gemacht und werden ein umfassendes Klimakonzept für NRW vorlegen.

**Ihr seherisches Talent ist gefragt: Wer macht 2010 das Rennen und warum?**

**Stahl:** Natürlich wir, als CDU NRW. Weil wir halten, was wir 2005 den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben, weil sich unsere Leistungsbilanz sehen lässt und weil ich keinen Seher sehe, der angesichts der Schwäche

der Opposition im Landtag NRW auf ein anderes Pferd setzte als auf Jürgen Rüttgers, seine Mannschaft und die CDU.

**Kraft:** Eines steht für mich fest: Die Menschen werden sich 2010 für die Partei entscheiden, die glaubwürdig und überzeugend auftritt, es geht um Vertrauen. Die Landesregierung hat viele ihrer Versprechen gebrochen. So rasierte der selbst ernannte Arbeiterführer die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst. Das merken die Wählerinnen und Wähler und werden es nicht vergessen. Die vielen großen Demonstrationen gegen Schwarz-Gelb vor dem Landtag belegen das. Die SPD steht für eine Politik, die es ernst meint mit guter, menschenwürdiger Arbeit und der besten Bildung für alle. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt. Ich bin zuversichtlich: Für diese Politik der Vernunft lassen sich in NRW Mehrheiten gewinnen. Die SPD hat 2010 alle Chancen.

**Dr. Papke:** Wir werfen keinen Blick in die Glaskugel. Und wir beteiligen uns auch nicht wie Rot-Grün am Wettbewerb um die größten Wahlversprechen, um die Menschen mit vermeintlichen Wohltaten zu ködern. Wir setzen auf eine nachhaltige Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung mit sozialer Sensibilität. Unsere Philosophie für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens, Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen wird weiterhin erfolgreich sein. Damit werden wir die Bürger auch bei der nächsten Wahl überzeugen.

**Löhrmann:** Wir werden unseren Platz als dritte Kraft ausbauen und damit die Grundlage zur Abwahl von Schwarz-Gelb legen. CDU und FDP werden mit ihrer Politik der Privatisierung Schiffbruch erleiden, weil diese Politik an das Geld und die Lebensqualität der Menschen geht – steigende Kindergartenbeiträge, Kosten für Lernmittel und Studium oder teurere ÖPNV-Tickets bei verschlechtertem Angebot. Außerdem: Wer wie Rüttgers Bildung und Klimaschutz vernachlässigt und so die Chancen von morgen verspielt, muss scheitern. Da kann der Ministerpräsident noch so viele mehr oder weniger professionelle Imagekampagnen dagegen setzen – seine Politik richtet sich gegen die Menschen. Deshalb muss die zweite Halbzeit die letzte von Schwarz-Gelb sein.

**Die Fragen stellten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.**



Dr. Gerhard Papke (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

# Kommunen machen Kosten geltend

## Land will Umweltverwaltung stärker bündeln/Anhörung von Experten

Zum 1. Januar dieses Jahres sind im Zuge der Straffung der Behördenstruktur die Staatlichen Umweltämter, die Ämter für Agrarordnung sowie Teile des Landesumweltamtes und der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten in die Bezirksregierungen eingegliedert worden. Dieser Neuorganisation soll nun mit dem „Gesetzespaket 2“ die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts folgen. Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) hat gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung mit dem Titel „Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts“ (Drs. 14/4973) angehört.

Bevor aber die Experten zu Wort kamen, gab es erst einmal Streit: Johannes Remmel forderte im Namen der Grünen, die Anhörung ausfallen zu lassen. „Während wir hier eine Anhörung organisieren, werden von der Landesregierung bereits Fakten geschaffen“, beklagte er sich, „es werden schon personalscharfe Entscheidungen getroffen ohne gesetzliche Grundlage – im Vorgriff darauf, dass das Gesetz so beschlossen wird!“ Die Sitzung wurde unterbrochen und die Fraktionen berieten sich. Dann wurde die Anhörung fortgesetzt: CDU und FDP waren der Meinung, an Vorbereitungen sei nichts zu kritisieren. Die SPD war wegen des hohen Aufwandes gegen eine Verschiebung und kündigte zu dem Thema Aktuelle Viertelstunden in beiden Ausschüssen an.

Die Landesregierung will mit dem zweiten Gesetzespaket die Umweltverwaltung weitgehend auf die Kommunen übertragen. Von insgesamt 13.000 staatlich überprüften Anlagen sollen 9.600 in kommunale Hände gegeben werden. Die kommunalen Behörden sollen künftig umfassend über die Fälle entscheiden, zum Beispiel Entscheidungen über Windenergieanlagen, über die Tierhaltung in großem Maßstab

bis hin zu Osterfeuern. Die Bezirksregierungen sollen sich dann lediglich auf 3.400 Anlagen mit überregionaler Bedeutung konzentrieren. Für umweltrechtliche Belange ist dann künftig nur noch eine Behörde verantwortlich. Insgesamt sollen rund 300 Stellen auf die Kommunen verlagert werden.

### ZERSPLITTERUNG?

Das Prinzip, die Genehmigung und Überwachung von Anlagen auf die Kreise und kreisfreien Städte zu verlagern, fanden die Experten meist in Ordnung, über das erforderliche Fachpersonal und die Sachausstattung gab es aber Streit. Axel Welge vom Städtetag aus Köln sagte, unabdingbare Voraussetzung für die Kommunalisierung sei ein umfassender finanzieller Ausgleich. Im Entwurf ist ein Ausgleich an die Übernahme des Personals gekoppelt, das die Aufgaben bisher bei den Bezirksregierungen wahrgenommen hat. Außerdem ist eine Pauschale pro „übergeleiteten“ Beamten, ein jährlicher Zuschlag für Sachkosten und ein einmaliger Zuschlag für die Übernahme der Aufgaben

vorgesehen. Das sei zu wenig, sagte Welge. Er schätzte die nicht abgedeckten Mehrkosten für die kreisfreien Städte und Kreise auf zwölf Millionen Euro jährlich, zumal die Aufgaben europabedingt zunehmen würden. Darüber hinaus kritisierte er, die Zuständigkeiten seien nicht klar. Dr. Martin Klein vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen sowie Stephan Keller (Städte- und Gemeindebund NRW) stimmten ihm im Wesentlichen zu.

Die Umweltverbände gingen noch weiter: Für sie geht der Gesetzentwurf in die völlig falsche Richtung. Paul Kröfges sagte für den BUND Landesverband NRW ebenso wie für den NABU und die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt: „Zunächst sind wir befremdet, wie man mit Personal umgeht – der Verschiebehahnhof führt zu Frust und Demotivation. Dann finden wir das Gesetz nicht verständlich. Als normaler Bürger kann man keine klare Linie und Logik erkennen. Es gibt eine Zersplitterung der Zuständigkeit statt Bündelung. Verantwortung, die bisher zentriert war, wird aufgeteilt auf 54 Kreise und kreisfreie Städte. Bürgernähe wird mit Ortsnähe verwechselt. Wir plädieren sehr dafür, dass Anlagen einer bestimmten Größenordnung weiterhin von der Bezirksregierung genehmigt werden.“

Rechtsanwalt Horst Wüstenbecker aus Münster sagte, aus verfassungsrechtlicher Sicht habe er keine Bedenken bei dem Gesetzentwurf. Horst Becker (GRÜNE) fragte die anwesenden kommunalen Spitzenverbände, ob diese eine verfassungsrechtliche Klage anstreben würden, falls die Landesregierung die Bedenken der kommunalen Spitzenverbände nicht berücksichtige. Welge antwortete, dass die Erfolgsaussichten eines gerichtlichen Verfahrens gerade geprüft würden. Martin Klein gab an, dass der Landkreistag ebenfalls gerichtliche Schritte überprüfen werde. Die vorgesehene Personaldicke sei einfach zu knapp. DD

## Wachsende Furcht ...

... vor dem Iran herrscht in der israelischen Bevölkerung. Charlotte Knobloch (2.v.l.), Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, gab diesen Eindruck von ihrem letzten Besuch in Israel bei dem Gespräch wieder, das sie mit den Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe unter Vorsitz von Edgar Moron (3.v.r.) geführt hat. Knobloch befürwortete bei dem offenen Gedankenaustausch mit den Abgeordneten nachdrücklich die deutsche Teilnahme an möglichen Sanktionen gegen Iran. Sie regte zudem an, die Bestrebungen zu einem dann auch vor Gericht erfolgreichen Verbot der NPD fortzusetzen. Mit auf dem Bild sind (v.l.) Michael Solf (CDU), Rainer Bischoff (SPD), Dr. Jens Petersen und Horst Ellinghaus (beide CDU). Foto: Schälte



# Ringen um den blauen Dunst

## Anhörung im Gesundheitsausschuss zum Nichtraucherschutz in NRW

*Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr trafen Befürworter und Gegner des Rauchens im Düsseldorf-Landtag aufeinander. Auf Einladung des Gesundheitsausschusses (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) tauschten Gesundheitsexperten, Vertreter der Gastronomie und der Tabakwirtschaft sowie sonstige Betroffene ihre Meinung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in NRW (Drs. 14/4834) aus. Besonders das Gastgewerbe forderte Nachbesserungen am Gesetz. In seiner jetzigen Form stelle es eine Existenzbedrohung für viele Gastwirte dar.*

Im Grundsatz stieß die Intention des Gesetzentwurfs, den Nichtraucherschutz in NRW zu verstärken und Bürgerinnen und Bürger vor den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit zu schützen, bei allen Sachverständigen auf Zustimmung. Reibungspunkte gab es hingegen bei den Forderungen nach Ausnahmen und Abweichungen vom vorliegenden Entwurf.

Allen voran drängt weiterhin der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband auf eine Sonderregelung für kleine Betriebe. „Für viele Unternehmer, die einen kleinen, getränkeorientierten Einraum-Betrieb führen, kommt das generelle Rauchverbot einem Berufsverbot gleich“, kritisierte NRW-Hauptgeschäftsführer Klaus Hübenthal. Er gehe davon aus, dass von den rund 35.000 gastronomischen Betrieben in NRW 4.000 in ihrer Existenz bedroht sein könnten. „Sorgen Sie dafür, dass die Kneipe als Sozialraum nicht vom Markt verdrängt wird“, mahnte er die Abgeordneten. Er sprach sich dafür aus, Betreibern von kleinen Einraum-Betrieben ein Wahlrecht einzuräumen, ob sie ihren Betrieb als Raucher- oder Nichtraucherbetrieb weiterführen möchten. Dieses Vorgehen habe sich in Spanien und Dänemark bewährt.

### EINBUSSEN

Rückendeckung erhielt Hübenthal von Peter Lind von Hall Tabakwaren. Er nannte es „eine Mär“, dass die Gastronomie nach Einführung eines Rauchverbots mit einem Umsatzplus rechnen könne. Der Raucheranteil bei Kneipen-Gästen sei besonders hoch, liege zum Teil bei über 80 Prozent. Was für wirtschaftliche Einbußen ein Rauchverbot für diese Betriebe bedeute, belege die Entwicklung in Irland. Seit 2004 hätten 1.000 ländliche Pubs schließen müssen. Betroffen seien aber nicht allein die Gastronomiebetriebe, sondern auch die gesamte Wertschöpfungskette des gastronomischen Bereichs.

Diese Argumente wollte Dr. Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum für Tabakkontrolle nicht unwidersprochen lassen: Sie appellierte an den

Gesetzgeber, sämtliche Ausnahmeregelungen hinsichtlich Raucherräumen, Raucherclubs und Festzelten ersatzlos aus dem Gesetzentwurf zu streichen. Durch solche Sonderregelungen werde das Recht auf körperliche Unversehrtheit missachtet und der Wettbewerb unter den Gastronomiebetrieben verzerrt. Letzteres gelte insbesondere für die geplanten Ausnahmeregelungen für Brauchtumsveranstaltungen.

„Ein Gastwirt könnte demnach vom 11.11. bis Aschermittwoch ein Schild mit der Aufschrift ‚Karnevalsfeier‘ an die Eingangstür hängen und damit das Rauchverbot aushebeln“, so Pötschke-Langer. Lob für den Gesetzentwurf gab es von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen: „Wir sind davon überzeugt, dass das Gesetz bereits in der vorliegenden Form einen wesentlichen Beitrag zum öffentlichen Gesundheitsschutz darstellt“, sagte Dr. Raphael Gassmann. Gleichzeitig mahnte er an, dass das Gesetz zu viele „Schlupflöcher“ enthalte – beispielsweise bei der Ausnahmeregelung für Festzelte. „Was meinen Sie, wie viele Techno- und Diskozelte es ab 2008 in NRW geben wird?“, fragte er die Abgeordneten. Er schloss mit dem Appell: „Machen Sie das Gesetz konsequenter.“ Neben einem Nein zu sämtlichen Ausnahmeregelungen forderte Sibylle Fleitmann vom Verein Frauen Aktiv Contra Tabak ein deutlich schärferes Passivraucherschutzgesetz. Immer noch würden wirtschaftliche Interessen vor das Allgemeingut Gesundheit gestellt. Insbesondere den Belangen von Frauen und Kindern werde im Gesetzentwurf nicht ausreichend Rechnung getragen. „Ein Rauchverbot ausschließlich in vollständig umschlossenen Räumen ist unzureichend“, betonte Fleitmann. Das Gesetz müsse sicher stellen, dass Rauchfreiheit auch auf Außenanlagen wie Spielplätzen und in Fußballstadien gewährleistet wird.

Auf die technischen Möglichkeiten des Nichtraucherschutzes verwies Dr. Hubert Koch, der für den „Verband zertifizierter Nichtraucher-Schutzsysteme“ sprach. Durch das System der Raucherkabinen seien heute bereits weitergehende Lösungen möglich, als im Entwurf vorgesehen. Er sprach sich dafür aus, Raucherkabinen im Gesetz als Raucherräume auszuweisen. ax

Foto: Schälte

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**P**ünktlich zur herannahenden Weihnachtszeit informierte sich jetzt der **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) über die „Entwicklung der Cumarin-Belastung von Zimtsternen“. Der Aromastoff Cumarin hatte vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern im Winter 2006 den Appetit auf Zimtgebäck verdorben. In zu hoher Dosierung kann er die Leber schädigen und stand unter dem Verdacht, krebserregend zu sein. Die amtliche Untersuchung zimthaltiger Lebensmittel hatte gezeigt, dass der zulässige Cumarin-Höchstwert von einigen Produkten deutlich überschritten wurde. Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) legte dem Ausschuss nun eine Liste mit aktuellen Testergebnissen vor und sorgte für Erleichterung. Die Hersteller hätten die Cumarin-Werte in ihren Zimtsternen deutlich senken können. Weihnachtsgebäck sei damit wieder ohne Einschränkung genießbar. Nun gehe es darum, auch auf europäischer Ebene ein zulässiges Höchstmaß für den Cumarin-Gehalt festzulegen.

+++

**B**lechlawinen und Baustellen so weit das Auge reicht: Der drohende Verkehrskollaps auf den Autobahnen in NRW beschäftigte jetzt den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Grundlage war ein Bericht von Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) über Maßnahmen der Staubekämpfung. Wittke betonte, erstmals habe sein Ministerium die Investitionsmöglichkeiten zum Ausbau der Bundesfernstraßen voll ausgeschöpft. Allein im Jahr 2006 sei ein Rekordvolumen von 937 Millionen Euro an Bundesfördermitteln geflossen. Die Stauprobleme führt er auf die Verkehrspolitik der früheren rot-grünen Landesregierung zurück. Diesen Vorwurf wollte Dieter Hilser, verkehrspolitischer Sprecher der SPD, nicht gelten lassen. Es sei zwar nicht zu bestreiten, dass die Bundesfördermittel damals nicht vollständig abgerufen worden seien. „Dass Sie diese Mittel nun verwenden können, liegt aber nur daran, dass schon in den Jahren zuvor notwendige Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden sind“, entgegnete Hilser dem Minister.

**N**ach dem Fortgang in der „V-Mann-Affäre“ des NRW-Verfassungsschutzes („Landtag intern“ berichtete) fragte die SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktuelle Viertelstunde im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Seit Wochen ruhen die Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft, da das Innenministerium bislang keine „Ermächtigungserklärung zur Strafverfolgung“ erteilt hat. Mitarbeiter des Verfassungsschut-



Illustration: Peter Flock

zes stehen im Verdacht, einen schwerkriminellen V-Mann in der ostwestfälischen Neonaziszene vor Polizeiermittlungen gewarnt zu haben. „Wir befinden uns derzeit in einem Abwägungsprozess“, erklärte Innenstaatssekretär Karl Peter Brendel im Ausschuss. „Wir müssen unser weiteres Vorgehen noch prüfen, das geschieht mit der gebotenen Sorgfalt.“ Es müsse geklärt werden, ob durch Ermittlungen gegen Verfassungsschutzbeamte womöglich „Dienstgeheimnisse aufgedeckt“ würden oder „Racheakte“ aus der Neonaziszene drohten. Brendel sagte jedoch zu, das für Fragen des Verfassungsschutzes zuständige Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) „zeitnah“ über das weitere Vorgehen zu informieren. Dr. Karsten Rudolph, innenpolitischer Sprecher der SPD, warf dem Minister Verschleierungstaktik vor: „Sie verschleppen die Ange-

legenheit und wollen sie bewusst hinter die Mauern des Schweigens in das PKG ziehen.“

+++

**A**uch rund ein Jahr nach dem grausamen Foltermord an einem 20-jährigen Häftling in der JVA Siegburg scheint sich die Gesamtsituation in der Haftanstalt nicht grundlegend verbessert zu haben. Nach Aussagen von mehreren Zeugen, die im Parlamentarischen **Untersuchungsausschuss „JVA Siegburg“** (Vorsitz Wolfgang Schmitz, CDU) gehört wurden, leide die Anstalt nach wie vor unter Überbelegung und zu wenig Personal. Beispielsweise seien 45 Einzelzellen derzeit mit zwei Häftlingen belegt, berichtete der kommissarische Gefängnisleiter Wolfgang Klein. Laut Aussage von Harald Zunker, Leiter des Vollzugsdienstes, seien in der JVA Siegburg statt den vorgesehenen 236 nur 209 Justizvollzugsbeamte und Bedienstete tätig. Die Freizeitangebote und Arbeitsmöglichkeiten für die Häftlinge seien zwar seit November vergangenen Jahres ausgebaut worden, aber nach wie vor verbesserungswürdig, so Marion Sebastian, Koordinatorin des Sozialdienstes in der JVA.

+++

**D**as Krefelder Gefängnis rüstet nach: Nach dem mysteriösen Verschwinden eines wegen versuchten Bankraubs und Geiselnahme verurteilten Mannes im vergangenen Monat, werden nun die gesamten Außenmauern der Anstalt mit Stacheldrahtrollen – so genanntem NATO-Draht – zusätzlich gesichert. Das berichtete Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) jüngst im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Die Maßnahme würde bereits umgesetzt. Darüber hinaus seien Experten des Ministeriums damit beauftragt worden, mögliche weitere Sicherheitslücken in der Krefelder JVA aufzuspüren und zu schließen. Auf bis heute ungeklärte Weise konnte der 38-Jährige, von dem bis heute jede Spur fehlt, entkommen. Ermittler der Kriminalpolizei gehen davon aus, dass sich der Gefangene von der fünfeinhalb Meter hohen Gefängnismauer abgeseilt hat. Gleichzeitig wurden Ermittlungsverfahren gegen vier Justizvollzugsbeamte wegen des Verdachts der Gefangenenbefreiung eingeleitet.

# Geld und demographischer Wandel

## Verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung der Angebote

*Es hat entfernt etwas von einem Klassentreffen. Oder auch einer Zeugniskonferenz: Einmal im Jahr treffen sich die Betreiber von Weiterbildungseinrichtungen auf Einladung von Landtag und Landesregierung im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags. Sie wollen sich austauschen, aber auch die Bildungspolitik unter die Lupe nehmen. Anfang November war es wieder soweit. Das leidige Geld und der demographische Wandel standen diesmal ganz oben auf der Tagesordnung.*

Demographischer Wandel als Herausforderung  
für die Weiterbildung  
Andreas Esche  
Düsseldorf, 31. Oktober 2007

**D**och bevor es um die immer älter werdende Gesellschaft ging, hatte Weiterbildungsministerin Barbara Sommer (CDU) das Wort für ihren Blick zurück auf die letzten zwölf Monate – vor allem aber auch voraus auf das, was der Haushaltsentwurf 2008 für die 520 anerkannten Weiterbildungseinrichtungen zwischen Rhein und Weser bringt. Zunächst ein Bekenntnis zur Vielfalt – der Angebote, aber auch der Träger. Die Zusicherung, als Land da „den Kern sichern“ zu wollen, wo es „staatspolitisch wichtig“ ist. Ein klares Ja zur Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe. Darüber hinaus die erneute Bitte, die Ministerin doch auch einmal in Einrichtungen einzuladen, den Dialog zu suchen. Das Gespräch auch darüber, wie man Menschen für Weiterbildung begeistern kann. Ein erster Schritt, so Barbara Sommer, sei die Überführung der Weiterbildungssuchmaschine in ein Geschäftsmodell „Public-Private-Partnership“ gewesen. Außerdem setzt sie auf eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Land und Weiterbildungsinstituten.

Der Ministerin besonders wichtig: das Thema Gütesiegel für alle Träger. Zunächst angedacht sei hier eine freiwillige Lösung: „Ich setze darauf, dass Sie alle freiwillig ein Zertifikat erwerben.“ Wenn das allerdings nicht so angenommen werde wie erhofft, sieht Sommer durchaus Handlungsbedarf. Gegebenenfalls auch durch Restriktionen bei der Vergabe der Fördermittel aus dem Weiterbildungsgesetz (WBG). Das sind laut Haushaltsentwurf für das nächste Jahr 88 Millionen Euro zuzüglich diverser Millionen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Laut Sommer exakt

sozial, wie im letzten und im laufenden Jahr auch. Passend zum Versprechen, für die Weiterbildung bis 2010 verlässliche Planung zu ermöglichen.

Eher verlassen kam sich hingegen Reiner Hammelrath als Sprecher des Arbeitskreises Weiterbildung vor. Die Weiterbildung habe ihre Hausaufgaben gemacht: Die Zielvereinbarung eingehalten und zehn Millionen für benachteiligte Menschen reserviert; man habe für die Zertifizierung geworben. „Was aber nicht geht, ist, dass das Land bei seinen Kürzungen bleibt und gleichzeitig beispielsweise mit der Zertifizierung neue Kosten verursacht.“ Selbst die 300.000 Euro für den Sprecherkreis seien alles andere als auskömmlich – „nachdem mit Schließung des Landesinstituts für Qualifizierung auch die gesamte Fortbildung an uns hängen bleibt“.

**Austausch zwischen Praxis und Politik – (v.l.) Ministerin Barbara Sommer (CDU), Reiner Hammelrath, Doris Sandbrink als Sprecherin des Gesprächskreises für die Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW und Ausschussvorsitzender Wolfgang Große Brömer (SPD).**

Foto: Schälte



Die ESF-Mittel betreffend, warf Hammelrath der Koalition und vor allem dem Arbeitsministerium „Taschenspielertricks“ vor. Hier habe es die Zusage gegeben, die Mittel gegenüber dem Etat 2006 in 2007 um zwölf Millionen Euro zu erhöhen. Angekommen seien aber lediglich zusätzliche sechs Millionen. Die aus Hammelraths Sicht „unlautere“ Begründung: Referenzjahr sei 2005. Vorwürfe, die nicht nur der Vertreter des Ministeriums heftig zurückwies. Als Ersatz für die Kürzung der Mittel aus dem Weiterbildungsgesetz sind die ESF-Mittel aus Sicht der Bildungsinstitute ohnehin kaum geeignet. Hammelraths Vorschlag: „Behalten sie die sechs Millionen und nehmen sie die Acht-Millionen-Kürzung im WBG zurück.“

### HOFFNUNG

Im Fokus der Kritik außerdem: die geplante Evaluation. Nicht, dass man sich nicht stellen wolle. Allerdings unterstellten Opposition und Weiterbildungsträger eindeutige Absichten: Welche Rolle sollen da auf einmal kommerzielle Anbieter spielen? Wie ist das mit der Wirtschaftlichkeit gemeint?

Über die Herausforderungen des demographischen Wandels ließen sich Fachpolitiker und Weiterbildner in drei Vorträgen informieren. Die Quintessenz: Es wird auf lange Sicht weniger Geld vom Staat geben. Eine Fokussierung allein auf die Älteren ist kein Allheilmittel. Allerdings muss auch die Weiterbildung ihren Beitrag leisten, die Zahl der Erwerbsfähigen auf Dauer zu erhöhen. Hier legten die Vortragenden einen Schwerpunkt auf Menschen mit schlechter Grundbildung und auf ältere Frauen.

Was am Ende blieb, war die Erkenntnis, gemeinsam große Aufgaben vor sich zu haben, und die Hoffnung der Weiterbildungsträger – ähnlich wie im vergangenen Jahr – doch noch Änderungen erreichen zu können. „Ich jedenfalls habe vieles mitgeschrieben. Einiges lässt sich sicher noch glätten“, so die Weiterbildungsministerin. vok

## Aufbau einer Sammlung zur Geschichte der Zuwanderung

**E**in Viertel der Bevölkerung unseres Bundeslandes hat eine Zuwanderungsgeschichte. Um die Erfahrungen und Traditionen dieser Bürgerinnen und Bürger für die nachkommenden Generationen zu bewahren, möchte die CDU eine Sammlung zur Geschichte der Zuwanderung aufbauen. „Integration in Gegenwart und Zukunft kann nicht gestaltet werden ohne ein Bewusstsein für die historische Dimension der zugrundeliegenden Zuwanderungsprozesse. Die kritische Reflektion der Vergangenheit ist eine entscheidende Voraussetzung für den Abbau von Vorurteilen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Sammlung von Zeugnissen der Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen ist deshalb von großer



Bedeutung für unser Gemeinwesen“, betonte der Migrationsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Michael Solf (Bild).

Die Zuwanderungsgeschichte Nordrhein-Westfalens ist eine Geschichte von großer Heterogenität. Dies betrifft nicht nur die diversen Herkunftsländer, sondern auch die unterschiedlichen historischen Situationen und Bedingungen von Migration und Integration zwischen freiwilliger Zuwanderung, Zwangsarbeit, Flucht und Heimatvertreibung sowie staatlich organisiertem Anwerben von Arbeitskräften.

„Daher ist es wichtig, dass die Zuwanderungsgeschichte Nordrhein-Westfalens in der Sammlung in ihrer ganzen Breite und Vielfältigkeit erfasst wird. Es geht um eine Sammlung der Migrationskultur aller Zuwanderinnen und



Zuwanderer“, forderte der CDU-Migrationsexperte.

Die Frage nach Perspektiven für ein friedliches und fruchtbares pluralistisches Zusammenleben stelle sich hier in Nordrhein-Westfalen besonders. Solf: „Vor allem jedoch setzt die unverkrampfte, aber respektvolle Begegnung der Zuwanderer und der aufnehmenden Gesellschaft zunächst eine gefestigte Identität aller Beteiligten voraus. Deshalb bedarf es einer Kultur des Erinnerns, die sowohl den Bezug zum Herkunftsland als auch die spezifischen Lebenssituationen der Zugewanderten heute in Nordrhein-Westfalen in den Blick nimmt.“ Die gesammelten Unterlagen und Informationen sollen anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowohl zur Einsicht als auch zu Präsentationszwecken zur Verfügung gestellt werden. „Auf diese Weise können sie für eine breite Öffentlichkeit zugänglich und greifbar gemacht werden.“ ■

## Patienten können Krankenhausdaten vergleichen – beste medizinische Behandlung wird ermöglicht



**D**as neue Krankenhausgestaltungsgesetz macht es möglich: Patienten werden künftig die Qualität sowie die Leistung der verschiedenen Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen direkt miteinander vergleichen können. Zudem erhalten sie deutlich mehr Wahlfreiheit. „Mit der Aufnahme dieser umfassenden Qualitätssicherung ins Gesetz wird ein Vorhaben, für das sich die FDP-Landtagsfraktion im Bereich der Gesundheitspolitik stark gemacht hat, umgesetzt“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Stefan Romberg (Foto). Gewinner seien für ihn vor allem die Patienten. „Sie erhalten jetzt durch die deutlich gesteigerte Transparenz und Vergleichbarkeit von Klinikleistungen auch eine erheblich größere Wahlfreiheit in bezug auf die Klinik, in der sie sich behandeln lassen wollen. Die Patienten in Nordrhein-Westfalen können sich in Zukunft einfach und unbürokratisch darüber informieren, wo sie für ihr spezielles medizinisches Problem die beste

Krankenhausleistung erhalten“, unterstreicht Romberg einen der wesentlichen Vorzüge der neuen Regelung. Über Verfahren und Form der Veröffentlichungen soll der Landesausschuss für Krankenhausplanung Vorschläge unterbreiten. Diese könnten dann durch Vereinbarungen der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, den Krankenkassen und der Ärztekammer umgesetzt werden.

Aussagekräftige und vergleichbare Eckdaten rund um die Krankenhausleistungen und damit eine deutliche Stärkung der Patientenrechte sind ein Anliegen, für das Gesundheitsexperte Stefan Romberg und die FDP-Landtagsfraktion schon



seit längerem geworben haben. Die jetzt erreichten Regelungen sollen aber nicht den Abschluss dieser Bemühungen bilden. „Auch im ambulanten, rehabilitativen sowie pflegerischen Bereich ist diese Transparenz und die aus ihr resultierende Vergleichbarkeit wünschenswert“, erklärt Romberg, der einer Ausdehnung auch auf andere Bereiche des Gesundheitswesens positiv gegenübersteht. „Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit dem neuen Krankenhausgestaltungsgesetz jetzt überhaupt erst die Möglichkeiten geschaffen, dass die Vergleichbarkeit von medizinischen Leistungen im stationären Bereich möglich sein wird“, betont Romberg die Bedeutung



## SPD setzt sich bei der Erhöhung des BAföG durch

NRW  
SPD

Die Fraktion

Nach monatelangen Diskussionen hat sich die SPD in Berlin klar durchgesetzt: Das BAföG wird erhöht und damit den Kostensteigerungen der letzten Jahre angepasst. Die CDU hat damit den Forderungen der SPD nachgegeben, die sich schon seit langem energisch für eine deutliche Erhöhung des BAföG um rund zehn Prozent eingesetzt hatte. Diese Entscheidung ist auch ein Sieg für die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und die Vorsitzende Hannelore Kraft, die sich vehement für eine Erhöhung des BAföG eingesetzt hatten, während die schwarz-gelbe Landesregierung nur die Hände in den Schoß legte.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Erhöhung des BAföG ausdrücklich, da ohne diese Form der Studienfinanzierung die soziale Selektion im Bildungssystem in NRW noch viel gra-

vierender wäre, als sie es heute aufgrund der Studiengebühren ohnehin schon ist. Gerade heute ist das BAföG für Studierende aus einkommensschwachen Schichten unersetzlich. Das BAföG ist ein exzellentes Mittel, um breiten Schichten den Zugang zur Hochschule

zu ermöglichen. Die SPD im Düsseldorfer Landtag bekennt sich klar zum BAföG als Mittel zur Schaffung von Chancengleichheit im Bildungssystem. Private Studienkredite und Stipendien können das BAföG nicht ersetzen. ■



## Schwedischer Bildungsexperte wirbt für Schulreform in NRW

DIE GRÜNEN —  
im Landtag NRW

Der schwedische Bildungsforscher Mats Ekholm hat auf Einladung der grünen Fraktion den Landtag besucht und für die Einführung einer Gemeinschaftsschule in NRW geworben. „Individuelle Förderung gelingt nur, wenn alle Kinder unter einem Dach lernen“, sagte er. In Schweden hat sich die Politik bereits vor Jahrzehnten darauf verständigt, alle SchülerInnen vom siebten bis zum 16. Lebensjahr in einer gemeinsamen Schule auszubilden. Gelungen sei dies durch eine Entwicklung von unten: Die Kommunen hätten nach und nach immer mehr Verantwortung für ihre Schulen übernommen. Der Bildungsexperte von der Universität Karlstad sprach vor der Fraktion sowie bei der Veranstaltung der Grünen mit dem Titel „Raus aus den Schützengräben – Wege zum gemeinsamen Lernen“.

Er kritisierte das mehrgliedrige deutsche Schulsystem. „Es ist Unsinn, Kinder nach theoretischen und praktischen Begabungen zu unterteilen“, sagte er. Sie hätten vielfältige Talente, die

in einer gemeinsamen Schule entwickelt werden sollten, auch in schwierigen Situationen. Dagegen sei das System des Aussortierens, des Sitzenbleibens und des Abschulens in Schweden unter dem Namen „die deutsche Idiotie“ bekannt.

Die Grünen sehen sich durch Ekholms Besuch in ihrem Ziel, längeres gemeinsames Lernen zu verwirklichen, bestätigt. Der pragmatische Weg – ohne Schulkampf – geht über die Kommunen. Längeres gemeinsames Lernen kann und muss von unten wachsen. Fraktionsvorsitzende Löhrmann fordert Ministerpräsident Rüttgers auf, endlich den schulpolitischen Schützengräben zu verlassen und als ersten Schritt den Antrag der Gemeinden Horstmar und Schöppingen zur Bildung einer Gemeinschaftsschule, die vor Ort Kommune und Eltern wollen, zu genehmigen. ■



Auf der Landtagstreppe: Sture Norlin (Schulentwickler aus Schweden), Karen Medrow-Struss (Elterninitiative „Eine Schule für Alle“ Hamburg). In der vorderen Reihe von links: Mats Ekholm (Bildungsexperte aus Schweden), Sylvia Löhrmann und Sigrid Beer.

## Quo vadis Uniklinik?

### Balance gesucht zwischen Patientenwohl und Kostendruck

*Welchen Weg nimmt die Hochschulmedizin? Angesichts immer kürzerer Entwicklungszyklen in der Wissenschaft, des internationalen Wettbewerbs in Forschung und Lehre und unter dem Kostendruck in der Krankenversorgung will die Landesregierung die Rahmenbedingungen für die Universitätskliniken neu regeln. Der entsprechende Gesetzentwurf (Drs. 14/4837) war jetzt Gegenstand einer Expertenanhörung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE).*

Wesentlicher Diskussionspunkt: Das interne Verhältnis zwischen medizinischer Fakultät und der angeschlossenen Klinik als Teil des Versorgungssystems. Scheinen doch hier Interessenskonflikte vorprogrammiert, schließlich blicken Forscher, Lehrende und Behandelnde aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln auf den Patienten. Umso genauer schauen die Beteiligten auf die Formulierungen im Gesetzestext. Hier ist in Paragraf 31a von der „dienenden“ Rolle der Klinik gegenüber der Fakultät die Rede. „Natürlich wird eine Klinik erst durch die universitäre Ausrichtung zur Universitätsklinik“, betonte Professor Dr. Volker Arolt als Sprecher der Dekane. Er setzte aber eher auf das Miteinander aller Beteiligten. „Dann schreiben wir doch „sorgt für“ in diesen Paragrafen“, hatte Detlef Klimpe für die kaufmännischen Direktoren einen Lösungsvorschlag parat.

„Wir haben das bisher immer als Zweckbestimmung verstanden. Aktuell haben wir aber das Gefühl, dass sich das Verständnis wandelt zu einer Über/Unterordnung“, so Professor Dr. Henning Saß stellvertretend für die Ärztlichen Direktoren. Während er dies für eine

hoch problematische Entwicklung hielt, fand er für viele Regelungen des novellierten Gesetzes durchaus lobende Worte.

So waren sich die Experten in der generellen Wertschätzung des Regierungsentwurfes durchaus einig – auch im Ziel, die Universitätskliniken zu stärken. Können doch, so der Tenor, nur ausreichend große und wirtschaftlich potente Einrichtungen die unterschiedlichen Anforderungen an das System Universitätsklinik erfüllen. Kritik gab es an Einzelpunkten. Unter anderem daran, dass Pflegedirektoren künftig nicht mehr automatisch mit in den Vorständen sitzen. „Laut DRG-Modell ( System der Fallpauschalen bei der Abrechnung ) trägt die Pflege gut 30 Prozent zum Erlös bei“, argumentierte Irene Maier als Sprecherin der Pflegedirektoren. Eine Verschlingung des Vorstands sei nicht per se ein Effizienzgewinn, sagte sie unter Verweis auf andere Bundesländer und machte zugleich darauf aufmerksam, wie wichtig das Optimieren von Prozessen für den Erfolg der Kliniken sei. „Und da ist die Pflege gefragt!“

Eine Aussage, die auch die anderen Sachverständigen teilten. Allerdings konnte sich der eine oder andere auch ein Optionsmodell vor-

stellen oder eine Einzelfallregelung durch den jeweiligen Aufsichtsrat. Kritik gab es weiterhin an einer „Schwächung der Personalvertretung“ und dem Streichen des Vetorechts des kaufmännischen Direktors. Dies, so die Befürchtung, führe zu einer Doppelrolle der Dekane, die ja im Zweifel auch im Aufsichtsrat sitzen.

Durchaus kontrovers diskutierten die Sachverständigen die Frage, an wen das Land denn die Fördermittel künftig überweisen soll. An die Universität insgesamt, direkt an die Uniklinik oder – wie geplant – an den Dekan der Medizinischen Fakultät? Während der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor Dr. Volker Ronge, vor einer Integration in die Universität warnte, begrüßte Professor Ulf Pallme König, Sprecher der Kanzlerkonferenz Bochum, den veränderten Mittelfluss. Er mahnte aber an, das Rektorat müsse gewisse Rahmenvorgaben machen können. Die eigentlichen Controllingaufgaben wollen allerdings die Dekane erledigen. „Dann müssen wir die Dekanate aber auch entsprechend ausstatten“, reklamierte der Sprecher Arolt. Und erntete heftigen Widerspruch von Professor Dr. Karl-Heinz Jäckel, Dekan der Medizinischen Fakultät der Uni Duisburg-Essen. Der befürchtete Interessenskonflikte und den Aufbau eines weiteren Wasserkopfs in der Dekanatsverwaltung.

Regelungsbedarf sah nicht nur er bei eventuell anstehenden Fusionen. Hier seien Sonderregelungen, beispielsweise Standortdekanate gefragt. Kontrovers auch die Debatte um Mitbestimmung und Tarifverträge. Während Dr. Bernd Tenbenschel für die Gewerkschaft vor die Einbindung der Beschäftigten betonte, eine Verpflichtung auch von Tochterunternehmen auf geltende Tarifverträge forderte, hielt Dr. Ulrich Schütz vom Kölner Universitätsklinikum das schlicht für „wirklichkeitsfremd“. vok



Der Innovationsausschuss im Gespräch mit der Sprechergruppe der freien Forschungsgruppe in Nordrhein-Westfalen. Von rechts nach links: Dr. Peter Waldow, Professor Heinrich Kurz, Günther Schoepp, Ausschussvorsitzender Ewald Groth (GRÜNE), Stefan Haep und Professor Ingo Wolff.

Foto: Schälte

## Porträt: Elke Rühl (CDU)



Wir sind eine Familie der Ehrenämter“, sagt Elke Rühl und fügt nicht ohne Stolz hinzu „bei uns ist es Tradition, sich in Vereinen zu engagieren“. Über ein Ehrenamt ist die gebürtige Remscheiderin auch zur Politik gekommen. Mit den Worten „so jemanden wie Dich könnten wir bei uns gut gebrauchen“, hatte ein ehemaliger Schulfreund Elke Rühl für die CDU geworben. Tatsächlich hatte sich die damals 43-Jährige nach dieser freundlichen Aufforderung für die Kommunalpolitik zu interessieren begonnen. Nach kurzem Vergleich mit anderen Parteien stand für sie fest: „Für mich kam nur die CDU in Frage. Ich merkte gleich, da finde ich meine politische Heimat.“ Schon ein Jahr später war sie Mitglied in der Bezirksvertretung und seit 1998 gehört die Christdemokratin ohne Unterbrechung dem Rat der Stadt Remscheid an.

Zusätzlich zur Ratsarbeit übernahm Elke Rühl Aufgaben im CDU-Kreisvorstand und in der Arbeitnehmerschaft der CDA. Seit 2001 ist sie Mitglied des CDA-Landesvorstands. Die Vereinigungen waren es auch, die Elke Rühl bei ihrer Kandidatur zum NRW-Landtag unterstützt haben. 2000 verfehlte sie zwar den Sprung in das Düsseldorfer Parlament, kam aber 2004 als Nachrückerin in den Landtag. Bei der Landtagswahl 2005 schaffte die CDU-Frau mit sechs Prozent Vorsprung vor dem SPD-Kandidaten den Einzug in den Landtag. „Erstmals seit 40 Jahren hat die CDU den Wahlkreis in Remscheid wieder gewonnen“, freut sie sich über ihren Wahlsieg. Die Christdemokratin gehört damit zu den raren elf CDU-Damen, die per Direktmandat in den aktuellen Landtag gekommen sind.

Sozusagen als Belohnung gab es für die gelernte Industriekauffrau den Vorsitz im Ausschuss für Frauenpolitik. Diese Arbeit liegt ihr besonders. Im Gegensatz zu anderen Ausschüssen werden im Frauenausschuss die Themen zu meist sachbezogen und weniger parteipolitisch kontrovers diskutiert. Vielfach beschäftigen den

Ausschuss Querschnittsthemen, die aus anderen Ausschüssen in den Frauenausschuss überwiesen und mitbehandelt werden müssen. Häufig handelt es sich dabei um wichtige Fragen, die allerdings wenig öffentliche Aufmerksamkeit finden. Oft müssen Regelungen gefunden werden, bei denen Bund, Länder und Gemeinden zu einer Übereinkunft kommen. Nach Auffassung der Frauenausschussvorsitzenden sind bei dieser Arbeit ein langer Atem und viel ernsthaftes Bemühen gefragt. Insgesamt ist das Klima im Frauenausschuss angenehm und die Zusammenarbeit mit den übrigen Fraktionen „gut“, urteilt Elke Rühl: „Als Ausschussvorsitzende fühle ich mich zur Neutralität verpflichtet und verstehe meine Aufgabe vornehmlich als Moderatorin.“

Etwas anders ist das im Ausschuss für Bauen und Verkehr, wo Elke Rühl ebenfalls ordentliches Mitglied ist. Als Vorsitzende des Bauausschusses im Rat der Stadt Remscheid sieht sie sich durchaus auch als Interessenvertreterin ihrer Heimatstadt. „Ich bin mir der doppelten Aufgabenlage sehr wohl bewusst. Zum einen sehe ich mich als Vertreterin der Allgemeinpolitik und habe das ganze Land Nordrhein-Westfalen im Blick, zum anderen habe ich immer die Interessen meines Wahlkreises im Auge und werde aktiv, sobald Remscheid betroffen ist“, sagt die CDU-Abgeordnete.

### VERBUNDENHEIT

Wahlkreisarbeit ist für Elke Rühl ein besonders wichtiges Betätigungsfeld. „Ich habe in Remscheid ein Büro und auch einen Mitarbeiter“ erklärt die CDU-Frau. Außerdem hat sie feste Sprechstunden eingerichtet und ist über ihr Handy zu erreichen. Besonders freut sie sich über Menschen aus ihrem Wahlkreis. „Es sind Bürger aus allen Bereichen und Schichten“, sagt Elke Rühl und präzisiert nach einem Blick in den Kalender, „da kommen viele Schulklassen, aber auch Hausfrauen, Rentner, Unternehmerinnen, Parteifreunde und Sportvereine.“

Elke Rühls Verbundenheit zur Heimatstadt ist offensichtlich. Sie wurde nicht nur in Remscheid geboren, sondern hat hier bisher auch ihr Leben verbracht. Nach ihrer Ausbildung arbeitete sie in diesem Bereich, danach war sie als Buchhalterin tätig. Verheiratet ist Elke Rühl mit einem Diplom-Ingenieur. Sie hat zwei erwachsene Kinder. Obwohl Hobbys und Freizeit viel zu kurz kommen, hat sie sich mit ihrem Mann und Freunden ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: In Etappen wollen sie auf dem Jacobsweg nach Santiago de Compostella wandern. Die ersten 70 Kilometer sind bereits geschafft. „In diesem Jahr geht es weiter durch die Eifel. Aber ich glaube, es wird Jahre dauern, bis wir dort ankommen“, lacht Elke Rühl.

*Autorin: Gerlind Schaidt*

## FCL: Sicherer Sieg

Auch in Recklinghausen gegen das Team von Journalisten setzte der FC Landtag NRW seine guten Leistungen der letzten Zeit fort. Unmittelbar nach dem Anstoß durch Innovationsminister Pinkwart ergriff der FCL die Initiative und drängte die Journalisten in deren Hälfte. Bernhard Tenhumberg und Christof Rasche sicherten klug nach hinten ab. In der Offensive wirbelten Willi Nowack und Oskar Burkert die Abwehr der Gegnermannschaft gehörig durcheinander.

Für gehobenes spielerisches Niveau sorgte aus dem Abwehrzentrum des FCL heraus Stojan Petrov. Er und der Dauerläufer Rene Halverkamps inszenierten ein ums andere Mal gefährliche Vorstöße und fütterten auch den wendigen Burgenländer Werner Mayer mit Steilpässen. Brandgefährlich aber auch vom linken Rückraum kommand und die Journalistenabwehr aufreißend Jens Harmeier. Zwei seiner wuchtigen Schüsse zappelten spektakulär im Tornetz des Gegners.

Die beiden anderen Treffer zum eindeutigen 4:0 des FCL steuerten Stojan Petrov und Oskar Burkert bei. Letzterer ließ mit einer geschickten Körpertäuschung zwei gegnerische Abwehrspieler ins Nichts taumeln, ehe er die Kugel effektiv mit Effet in die lange Ecke versenkte. René Markgraf im Kasten des FCL hatte dank der sicheren Defensive seiner Mannschaft wenig Gelegenheit, sich auszuzeichnen. Wenn aber etwas auf sein Tor kam, entschärfte er dies mit gewohnter Ruhe und Souveränität. ■



**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 17. November bis 4. Dezember 2007

17.11. Monika Brunert-Jetter (CDU)	52
24.11. Karl-Heinz Haseloh (SPD)	61
28.11. Martin Börschel (SPD)	35
3.12. Dr. Wilhelm Droste (CDU)	47
3.12. Rolf Einmahl (CDU)	58
3.12. Marc Ratajczak (CDU)	34
4.12. Chris Bollenbach (CDU)	35

**Rolf Seel** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Kreuzau, ist in Berlin in seinem Amt als Vizepräsident der „Partnerschaft der Parlamente“, einer gemeinnützigen Vereinigung von mehr als 400 deutschen und österreichischen Länderparlamentariern, und zugleich als Schatzmeister wiedergewählt worden. Die Vereinigung hat zur Aufgabe, den transatlantischen Dialog mit den kanadischen Provinzen und den 99 Häusern der 50 amerikanischen Bundesstaaten zu führen.

**Hannelore Kraft**, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, ist auf dem SPD-Bundesparteitag in Hamburg in das 16-köpfige Bundespräsidium gewählt worden. Mit Kraft stammen nun fünf der Präsidiumsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen: Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Martin Schulz, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Schatzmeisterin Barbara Hendricks.

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, ist in eine Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung gewählt worden. Die Kommission wird Empfehlungen zur inneren Schulentwicklung erarbeiten, die zu unterschiedlichen Wegen zum längeren gemeinsamen Lernen passen.

**Rüdiger Sagel** (fraktionslos) ist in die Partei DIE LINKE eingetreten. Sagel wird im Landesparlament weiter als „fraktionslos“ geführt.

**Rudolf Henke** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Aachen und Arzt, ist auf der Hauptversammlung des Marburger Bunds in Berlin zum 1. Vorsitzenden der Ärztegewerkschaft gewählt worden. Der 53-jährige Henke gehört dem Landtag seit 1995 an.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 15. November 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Zur Neige ...

... geht allmählich die Ausgabe, in der die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ alle Abgeordneten im Bild vorgestellt hat. Wer also das Heft mit dem ausklappbaren Mittelteil für sich sichern will, sollte sich spüten. Ende August in der Nummer acht erschienen, ist der Druck mit der Galerie der Abgeordneten immer noch aktuell; Veränderungen hat es seither nicht gegeben. Zu beziehen ist die Ausgabe schriftlich (Pressestelle Landtag NRW/ Postfach 10 11 43/ 40002 Düsseldorf), per E-Mail ([sandra.dragon@landtag.nrw.de](mailto:sandra.dragon@landtag.nrw.de)) oder per Fax unter 0211/8843070. „Landtag intern“ bietet die Möglichkeit, sich aktuell und schnell über die Arbeit des nordrhein-westfälischen Landesparlaments zu informieren – wie man sieht, auch über den Tag hinaus. Die Parlamentszeitschrift ist entweder gedruckt zu abonnieren oder kann über die Internetadresse des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) als Online-Ausgabe aufgerufen werden. Hier gibt es auch die Möglichkeit, sich für den Bezug des Landtags-Newsletters einzutragen.

Foto: Schälte